Verlagsbeilage

Chancen, Chancen, Chancen

Freie Fahrt – wer in der Schweiz vorankommt und warum

ASTRA

Was getan werden muss, damit Aufstieg möglich bleibt

Es braucht nicht Ergebnisgleichheit, sondern «Chancen, Chancen, Chancen», damit Menschen das leisten können, was ihren Fähigkeiten und ihrem Willen entspricht. Das Schweizer System ist darin besonders erfolgreich. Diese Beilage untersucht, warum.

CHRISTOPH A. SCHALTEGGER, RENÉ SCHEU, LARS P. FELD UND PETER A. FISCHER

—

Es gibt Länder, die laut von Gerechtigkeit reden – und solche, die sie leise leben. Die Schweiz gehört zur zweiten Kategorie. Während anderswo ganze Gesellschaften sich über zunehmende Ungleichheit empören und streiten, gelingt es der Alpenrepublik im Herzen Europas, Chancen für die Vielen zu schaffen. Warum das so ist, wollen wir in dieser Beilage erkunden.

Was ist eine Chance? Es ist die Gelegenheit, sich zu beweisen, ohne dass andere einen daran hindern können. Es gehört insofern zu den grossen Missverständnissen der Gegenwart, Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit in eins zu setzen. Denn niemand soll Nachteile erleiden, bloss weil er über besondere Talente und Gaben welcher Art auch immer verfügt. Und ebenso wenig geht es darum, alle im Ergebnis möglichst gleich zu machen, ungeachtet von Fleiss und Anstrengung. Stattdessen soll jede und jeder den Weg gehen können, den er oder sie für richtig hält – alle nach ihren Fähigkeiten und alle nach ihrem Können, frei nach Karl Marx.

Genau hier setzt der schwedische Ökonom **Daniel Waldenström (Seite 7)** an und argumentiert, dass die verbreitete Erzählung einer immer ungleicher werdenden Gesellschaft zu einem grossen Teil auf selektiver Dateninterpretation beruht. Berücksichtigt man Steuern, Transfers, Rentenansprüche und die breite Kapitalstreuung über Wohneigentum und Pensionsfonds, zeigt sich ein Bild, das stabiler und egalitärer ist, als oft behauptet wird. Falsche Diagnosen führen zu falschen Therapien.

Die Schweiz ist ein Land, das bisher funktionierte, und genau das macht sie erklärungsbedürftig. Sie spricht wenig über Gleichheit, aber sie bringt sie messbar hervor – nicht als Ziel, sondern als Nebenprodukt von Bildung, Vertrauen und Institutionen.

Der frühere SNB-Präsident **Thomas Jordan (Seite 8)** hat recht, wenn er im Gespräch den Satz äussert: «Die Schweiz ist eindeutig ein Chancenland.» Der Satz ist empirisch gut belegt. Internationale Vergleiche zeigen: Die soziale Mobilität ist hierzulande hoch, die Korrelation zwischen Herkunft und Einkommen gering. Nur rund fünfzehn Prozent der Einkommensunterschiede lassen sich auf das Elternhaus zurückführen – ein Wert, der im angelsächsischen Raum dreimal so hoch ist. Hinter dieser Offenheit steht kein grossgesellschaftliches Programm, sondern ein Ensemble von Mechanismen, die still ineinandergreifen: ein durchlässiges duales Bildungssystem, flache Hierarchien, ein funktionierender Arbeitsmarkt.

Entscheidend ist, dass Chancengleichheit nicht zentral verwaltet, sondern dezentral erzeugt wird. Sie entsteht in Familien, Betrieben, Schulen – dort, wo Verantwortung konkret wird. «Die Familie ist die mächtigste Bildungsinstitution», sagt der US-amerikanische Ökonom, Bildungsforscher und Nobelpreisträger **James Heckman (Seite 4)** im Interview. Denn in ihr entstehen jene motivationalen und kognitiven Ressourcen, die später Leistung ermöglichen. Wer soziale Mobilität will, muss also das Soziale stärken, nicht den Staat. Die Schweiz tut genau das: Sie ergänzt elterliche Verantwortung durch institutionelle Verlässlichkeit, nicht durch deren Substitution. Ergänzend dazu zeigen die beiden Mediziner **Oskar Jenni und Flavia Wehrle (Seite 12)**, dass Kindheit nicht nur als Investition in die ökonomische Zukunft verstanden werden darf. Psychische Gesundheit, Geborgenheit und stabile Beziehungen sind entscheidend – nicht nur für den Aufstieg, sondern für ein erfülltes Leben.

Zentral ist das duale Berufsbildungssystem. Der Schweizer Bildungsökonom **Stefan Wolter (Seite 6)** belegt, dass es nicht etwa einen Umweg zum Aufstieg, sondern dessen Voraussetzung darstellt. Es verhindert Bildungsabbrüche, motiviert schulmüde Jugendliche und hält das System durchlässig. Die duale Struktur – Lernen und Arbeiten zugleich – sichert Anschlussfähigkeit, auch ohne akademischen Titel. Ins gleiche Horn bläst sein österreichischer Kollege **Martin Halla (Seite 11)**: Österreich zeichnet sich durch eine aussergewöhnlich hohe Einkommensmobilität aus, obwohl die Bildungsmobilität relativ niedrig ist. Der Grund: Das duale Berufsbildungssystem eröffnet jederzeit breite Aufstiegspfade, auch ohne akademischen Abschluss.

Dass es das Bildungssystem alleine nicht richten kann, zeigt der **Beitrag des WEI (Seite 10)**. Der Arbeitsmarkt ist mindestens so wichtig. Deutschlands Probleme mit der sozialen Mobilität sind grossenteils aus den 1980er und 1990er Jahren ererbt und deuten auf Probleme des Arbeitsmarkts hin. Es geht also mithin um strukturelle Mängel der Angebotsbedingungen ausserhalb der Bildungslandschaft Deutschlands.

Doch Einkommensmobilität beruht weniger auf sozialem Dünkel als auf ureigener Leidenschaft. Die Schweiz belohnt nicht den Lautesten, sondern den Verlässlichsten. In der Kultur der Arbeit zeigt sich diese Haltung exemplarisch. «Alles, was ich mache, will ich aus Freude machen», sagt Spitzenköchin **Tanja Grandits (Seite 13)** – und beschreibt damit ein Verhältnis zur Leistung, das jenseits karrieristischer Überlegungen liegt. Arbeit soll gelingen. Sie ist kein moralischer Selbstzweck, sondern eine Form der Selbstverwirklichung im Rahmen sozialer Kooperation.

Gerade dadurch bleibt die Gesellschaft stabil. Neuere **Studien des IWP (Seite 3)** zeigen, dass sich in der Schweiz weder Dynastien bilden noch die Einkommensungleichheit über die Jahre zugenommen hat. Aufstieg ist möglich, Abstieg auch – und beides hält die Ordnung beweglich.

Das schweizerische Modell lebt von der Balance zwischen Freiheit und Institution, zwischen Eigenverantwortung und sozialem Vertrauen. Es ist weniger eine Utopie als eine Praxis, die sich immer wieder aufs Neue zu bewähren hat.

Allerdings gibt es auch hierzulande einen Wermutstropfen: Geht die junge Generation in der Schweiz heute mit denselben Chancen an den Start wie vorangegangene Generationen? Der deutsche Generationenforscher **Bernd Raffelhüschen (Seite 5)** erinnert daran, dass eine Gesellschaft nicht nur vertikal – zwischen Arm und Reich –, sondern auch horizontal – zwischen den Generationen – funktionieren muss. Wenn die Alten länger leben und die Jungen die Rechnung übernehmen, kippt das Gleichgewicht so leise wie unerbittlich. Der implizite Gesellschaftsvertrag steht plötzlich infrage.

Vielleicht liegt darin die eigentliche Prüfung des Schweizer Modells, die ihm erst noch bevorsteht: Ob es gelingt, nicht nur die Chancen in der Gegenwart zu bewahren, sondern die Chancen auch für die Zukunft fair zu finanzieren.

—

Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger ist Direktor des IWP, Dr. René Scheu ist Geschäftsführer des IWP, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld ist Direktor des WEI und Dr. Peter A. Fischer ist Chefökonom der NZZ. Die vier Autoren zeichnen als «Herausgeber» für den Inhalt dieser Verlagsbeilage verantwortlich.

Die Schweiz ist ein Land, das bisher funktionierte, und genau das macht sie erklärungsbedürftig.

Fussgängerüberführung: Der Weg nach oben steht theoretisch allen offen. ASTRA

IWP

Das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern hat sich Ende 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es forscht zur Schweizer Wirtschaftspolitik – zu Ungleichheit, Sozialpolitik, Fiskalpolitik und zu politischen Institutionen. Das IWP nimmt eine Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ein und will zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beitragen. Dazu vermittelt es seine Forschung über digitale Kanäle und veranstaltet öffentliche Vorlesungen mit international renommierten Forschern.

Lust auf neue Erkenntnisse? Jetzt den Newsletter des IWP abonnieren

WEI

Das Walter Eucken Institut (WEI) an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau ist ein deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut, benannt nach dem Ökonomen Walter Eucken (1891–1950). Es fördert die Prinzipien der Freiburger Schule, welche die Bedeutung von wirtschaftlicher Freiheit und fairem Wettbewerb betont. Das Institut ist der sozialen Marktwirtschaft und der Ordnungsökonomik verpflichtet und forscht zu Themen wie Finanzpolitik, Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik, Geldpolitik, Institutionen und Dogmengeschichte.

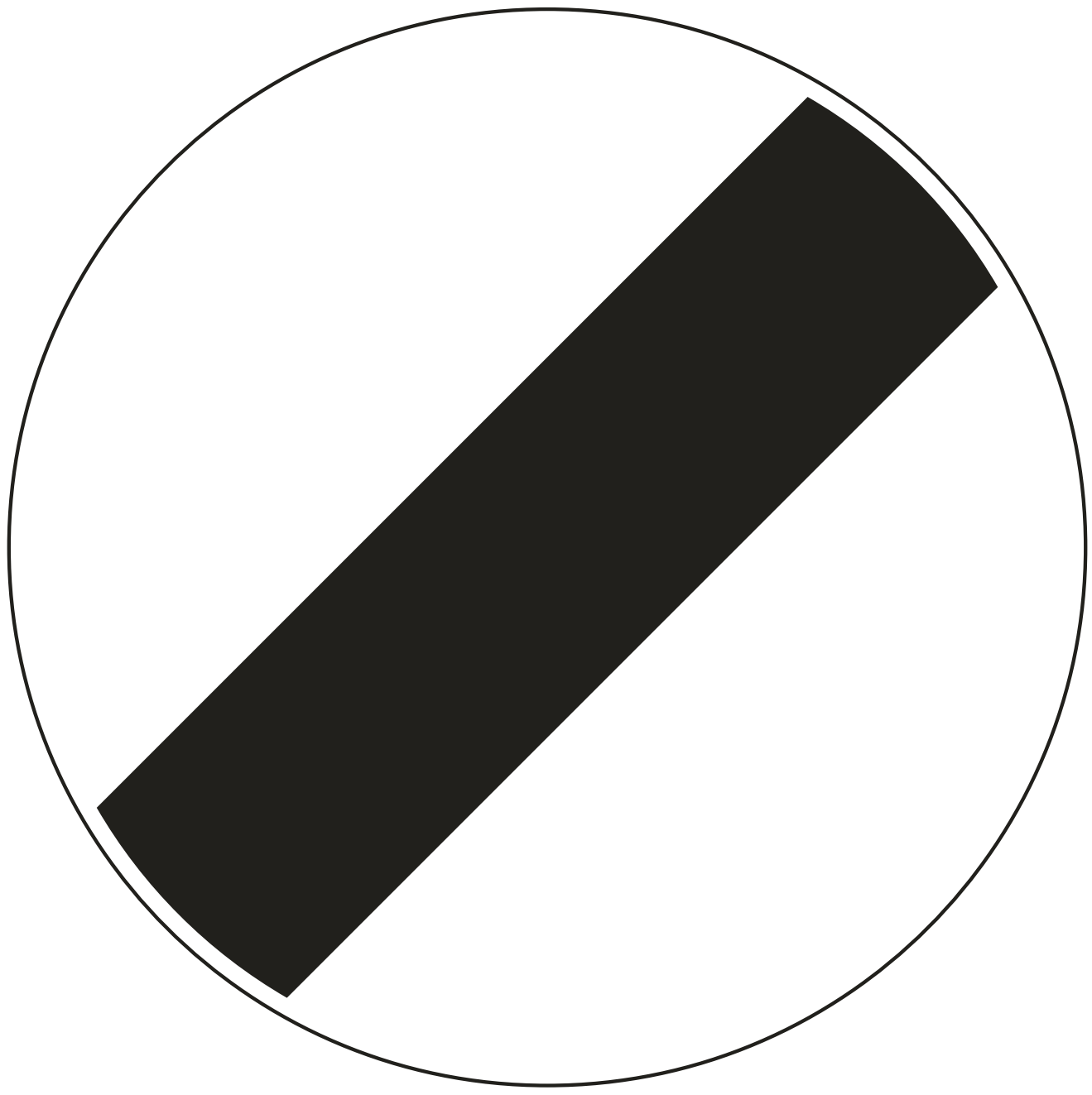
Wie gut ist Ihr Bauchgefühl? Testen Sie Ihr Wissen in Wirtschaftspolitik

IMPRESSUM

Chancen, Chancen, Chancen ist eine Verlagsbeilage von NZZone in Kooperation mit dem IWP und dem WEI. Beilagen werden nicht von der Redaktion produziert, sondern von unserem Dienstleister für journalistisches Storytelling: NZZ Content Creation.
Hinweis: Verlagsbeilagen sind komplett von einem Kunden finanziert; Redaktionsmitglieder des Unternehmens NZZ arbeiten freiwillig mit. **Konzept:** Peter A. Fischer (NZZ), Christoph A. Schaltegger und René Scheu (IWP) sowie Lars P. Feld (WEI).
Realisation: Norman Bandi. **Layout:** Bahar Büyükkavir. **Verkauf:** Hannes Rothfuss. **Kontakt:** NZZone, c/o Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, +41 44 258 16 98, sales@nzzone.ch, nzzone.ch.

Reich heiratet reich – und doch bleibt die Schweiz ein Chancenland

Sowohl bei der Verteilung von Einkommen als auch bei der Verteilung von Vermögen zeigt sich im Fall der Schweiz Bemerkenswertes. Das dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass Herkunft hierzulande weniger bestimmend ist für Reichtum und Erfolg als anderswo.



Freie Fahrt: Das Hinweiszeichen symbolisiert, dass Herkunft kein Schicksal ist und man sich Möglichkeiten erarbeitet. ASTRA

MELANIE HÄNER-MÜLLER UND CHRISTOPH A. SCHALTEGGER

—

Ungleichheit ist in einigen Industrieländern auf dem Vormarsch. Nicht so in der Schweiz. Während die Einkommensunterschiede in den USA in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen sind, zeigt sich hierzulande ein auffallend stabiles Bild: Seit fast hundert Jahren beanspruchen die einkommensstärksten 10 Prozent konstant rund ein Drittel des Gesamteinkommens. Der anderswo typische U-förmige Verlauf – ein Rückgang der Topeinkommen nach dem Zweiten Weltkrieg und ihr erneuter Anstieg seit den 1980er Jahren – blieb in der Schweiz aus.

Diese Beständigkeit ist umso erstaunlicher, als gleich mehrere Entwicklungen die Ungleichheit eigentlich hätten verstärken können – allen voran die Globalisierung und die zunehmend selektive Partnerwahl.

Selektive Partnerwahl

Mit der Verlagerung arbeitsintensiver Produktion ins Ausland wurde der einheimische Tieflohnsektor unter Druck gesetzt, was das Potenzial für wachsende Einkommensunterschiede birgt. Gleichzeitig hat sich in den oberen Einkommensklassen ein regelrechter internationaler Wettbewerb um die besten Talente entwickelt: Hochqualifizierte Spezialisten sind weltweit begehrt, und in einer wissensbasierten Ökonomie können einzelne Spitzenkräfte oder Unternehmen nach dem Prinzip «the winner takes it all» überproportional profitieren. Unter diesen Bedingungen wäre ein Auseinanderdriften der Einkommen eigentlich zu erwarten gewesen.

Gleichzeitig haben sich immer mehr sogenannte «Power Couples» gebildet, also Paare, in denen beide Partner zu den Spitzenverdienern zählen. Der Arzt heiratet heute häufiger die Anwältin als die Krankenschwester. Statistisch ist eine Ehe zwischen zwei Topverdienern rund fünfzehnmal wahrscheinlicher als eine zufällige Paarung. Das hat gesamtwirtschaftliche Konsequenzen: Würden die Menschen unabhängig von Einkommen heiraten, wäre die Ungleichheit heute über 10 Prozent geringer. Mit der bewussten Partnerwahl wird also ein gewisses Mass an Ungleichheit in Kauf genommen. Umso bemerkenswerter ist, dass weder die Globalisierung noch die selektive Partnerwahl die Einkommensverteilung in der Schweiz nachhaltig verändert hat.

Egalitär schon vor den Steuern

Im Gegenteil: Blickt man auf die Verteilung der Markteinkommen – also der Einkommen vor Steuern und staatlichen Transfers –, nimmt die Schweiz im internationalen Vergleich sogar einen Spitzenplatz ein. Ein duales Bildungssystem, ein flexibler Arbeitsmarkt und stabile Institutionen sorgen dafür, dass die Einkommen hierzulande gleichmässiger verteilt sind als in vielen anderen OECD-Ländern. Und das, bevor überhaupt Umverteilungsmechanismen wie Steuern, Sozialversicherungen – etwa die AHV – oder staatliche Unterstützungen wie Prämienverbilligungen oder Subventionen für die Kinderbetreuung zum Tragen kommen. Augenfällig ist zudem, dass sich diese vergleichsweise egalitäre Einkommensverteilung seit rund hundert Jahren beobachten lässt.

Während die Einkommensverteilung über die Jahrzehnte stabil blieb, ist beim Vermögen in jüngerer Zeit ein leichter Anstieg der Konzentration zu beobachten. Verantwortlich dafür sind vor allem steigende Aktienkurse und Immobilienpreise im anhaltenden Niedrigzinsumfeld. Viele Wohlhabende sind dadurch vor allem «auf dem Papier» reicher geworden – durch Wertsteigerungen, nicht durch höhere laufende Erträge. Der Anteil des Vermögenseinkommens am Gesamteinkommen der privaten Haushalte verharrte mit rund 10 Prozent nahezu unverändert. Mit anderen Worten: Das Vermögen der Reichen ist gewachsen, ohne dass es die Einkommensungleichheit spürbar verändert hätte. Ein zusätzlicher Umverteilungsbedarf entstand daraus nicht.

Die Analyse ökonomischer Ungleichheit erschöpft sich nicht in der Betrachtung von Einkommens- und Vermögensverteilungen. Bereits Nobelpreisträger Gary Becker betonte, dass es neben der statischen Verteilung auch eine dynamische Perspektive braucht. Entscheidend ist nämlich nicht nur, wie die Einkommen zu einem Zeitpunkt verteilt sind, sondern ob es den Menschen gelingt, sich auf der Einkommensleiter nach oben zu bewegen. Wenn Erfolg unabhängig vom Elternhaus möglich ist, spricht man von hoher sozialer Mobilität. Ist die eigene Zukunft dagegen schon bei der Geburt festgeschrieben, herrscht geringe soziale Mobilität.

Zwischen den beiden Dimensionen der Ungleichheit gibt es einen Zusammenhang: Der US-Ökonom Miles Corak zeigte, dass hohe Einkommensungleichheit häufig mit geringer sozialer Mobilität einhergeht. Alan B. Krueger, Berater von US-Präsident Obama, machte diesen Zusammenhang als «Great Gatsby»-Kurve bekannt: Je ungleicher die Einkommen verteilt sind, desto schwieriger ist es, gesellschaftlich aufzusteigen – und umgekehrt. Nach dieser Logik müsste sich die Schweiz mit ihrer vergleichsweise niedrigen Ungleichheit auch durch hohe soziale Mobilität auszeichnen. Und tatsächlich: Während Fitzgeralds Gatsby in den «Roaring Twenties» der USA vergeblich gegen unsichtbare Schranken ankämpfte, zeigt die Schweiz, dass Herkunft hierzulande kein unüberwindbares Schicksal ist – der Weg nach oben bleibt offen.

Geringer Familieneinfluss

Gemeinsam mit IWP-Doktorand Jonas Bühler haben wir auf Basis von Administrativdaten und Geschwisteranalysen den Einfluss der Familie auf das spätere Einkommen gemessen. Das Ergebnis ist eindrücklich: Lediglich rund 15 Prozent der Einkommensunterschiede lassen sich auf die Herkunft zurückführen – ein ausgesprochen niedriger Wert im internationalen Vergleich. Zum Vergleich: In Deutschland liegt er bei 43 Prozent, in den USA sogar bei knapp 50 Prozent.

Das bedeutet: Ganze 85 Prozent der Unterschiede erklären sich durch Faktoren ausserhalb der Familie – durch Talent, Einsatz, Ausbildung, aber auch durch Zufall. Mit anderen Worten: In der Schweiz entscheidet weit mehr als die Herkunft über den Lebensweg. Die Tochter eines Bäckers hat reale Chancen, CEO eines Unternehmens zu werden. Und umgekehrt kann auch der Sohn eines Arztes durchaus im Mittelfeld landen.

Selbst die verbleibenden 15 Prozent lassen sich kaum durch klassische Treiber wie das Einkommen der Eltern, Nationalität, Zivilstand oder Wohnort erklären. Auch das ist ein positives Signal: Es gibt keine Anzeichen für systematische Diskriminierung.

Nicht weniger hervorzuheben ist, dass die geringe Bedeutung der familiären Herkunft seit nunmehr vier Jahrzehnten unverändert geblieben ist. Während in den USA im selben Zeitraum sowohl die Einkommensungleichheit zunahm als auch die Chancen auf sozialen Aufstieg sanken, konnte die Schweiz ihre Durchlässigkeit bewahren. Mit anderen Worten: Hierzulande blieb nicht nur die Verteilung der Einkommen konstant, sondern auch die Möglichkeit, unabhängig von der Herkunft die Einkommensleiter emporzuklettern.

Doch um zu erkennen, ob sich Familien über längere Zeit hinweg als Dynastien behaupten können, braucht es zusätzlich den Blick über mehrere Generationen. In Basel haben wir dazu Nachnamensanalysen durchgeführt und die soziale Durchlässigkeit über viele Generationen hinweg bis ins 16. Jahrhundert zurückverfolgt. Das Ergebnis ist eindeutig: Der Einfluss der Familie auf den sozialen Status zerfällt innerhalb von vier Generationen vollständig. Grosse Familiendynastien konnten sich hierzulande nicht halten – und haben es auch nie getan.

Viel eher zeigt sich ein «Buddenbrooks»-Effekt, wie ihn Thomas Mann in seinem Roman beschrieben hat: Während der elterliche Einfluss auf die Kinder klar nachweisbar ist, wirkt jener der Grosseltern zwar noch, aber nur mit etwa halber Stärke. Schon bei den Urgrosseltern verschwindet dieser Effekt, und auch weiter zurückliegende Generationen haben keinerlei messbaren Einfluss mehr. Ein grosser Name ist in der Schweiz kein Garant für dauerhaften Erfolg.

Keine Habsburger Verhältnisse

Das ist zum einen zentral für eine offene Gesellschaft, die Aufstiegschancen verspricht. Zum anderen ist es gerade in Zeiten selektiver Heiraten von besonderer Bedeutung. Gemeinsam mit Michele Salvi (Avenir Suisse) konnten wir zeigen: Das Sprichwort «Gleich und gleich gesellt sich gern» gilt zwar auch beim Vermögen – doch geheiratet wird häufiger in «neues» als in «altes» Geld. Ehepartner ähneln sich stark im eigenen Vermögen, deutlich weniger jedoch im Vermögen ihrer Eltern. Möglich ist das nur dank intakter sozialer Mobilität. Denn wären Reichtum und gesellschaftliche Stellung ausschliesslich vererbbar, lebten wir noch immer in Habsburger Zeiten. Ohne Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken würde die selektive Partnerwahl zur Zementierung von Familiendynastien führen.

So erfüllt soziale Mobilität heute eine doppelte Funktion: Sie garantiert Chancengerechtigkeit, indem sie verhindert, dass Herkunft über Lebenswege entscheidet. Und sie sorgt dafür, dass selbst «Heiraten unter Gleichen» nicht automatisch neue Dynastien hervorbringen. Während die Habsburger durch strategische Ehen Macht und Reichtum über Generationen hinweg sicherten, verhindern in der Schweiz funktionierende Auf- und Abstiegsmechanismen, dass sich eine solche Schichtengesellschaft überhaupt verfestigt.

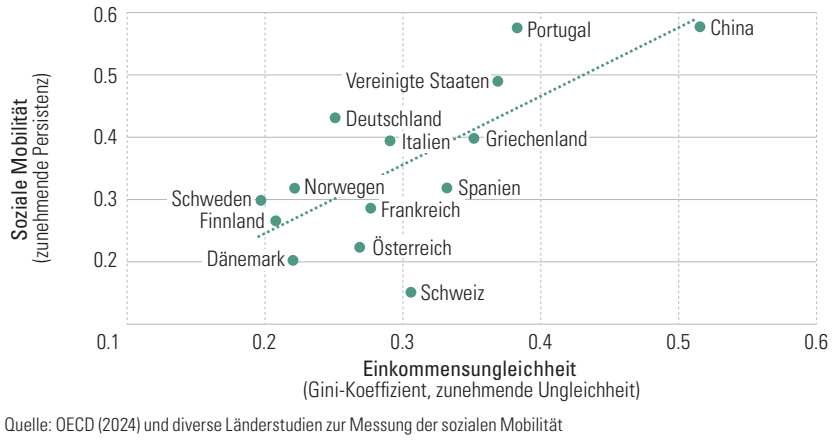
Wir können also auch weiterhin unbefangen heiraten – und uns über ein Land freuen, in dem Herkunft nicht Schicksal ist. Die Schweiz bleibt ein Chancenland: Hier werden Möglichkeiten nicht vererbt, sondern erarbeitet.

—

Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger ist Direktor sowie Ordinarius für Politische Ökonomie und Dr. oec. Melanie Häner-Müller ist Bereichsleiterin Sozialpolitik sowie Bildungsverantwortliche des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern.

Der grosse Gatsby – auch in der Schweiz gesichtet?

Im Gegensatz zur originalen «Great Gatsby»-Kurve wird die soziale Mobilität hier mittels Geschwisteranalysen statt Eltern-Kind-Vergleichen gemessen.



Quelle: OECD (2024) und diverse Länderstudien zur Messung der sozialen Mobilität

«Die Familie ist eine der wichtigsten ökonomischen Bildungsinstitutionen»

Nobelpreisträger James Heckman über frühe Förderung, soziale Mobilität und die Grenzen staatlicher Politik: «Wir dürfen elterliche Fürsorge nicht als Problem, sondern müssen sie als wertvolle Ressource begreifen.»

Fussweg: Dieses Verkehrsschild steht symbolisch dafür, dass die Eltern in die Bildung ihrer Kinder investieren sollen. ASTRA

Professor Heckman, wie kommt es, dass Sie als Ökonom so viel über die Familie forschen?
Eigentlich ist das gar nicht ungewöhnlich. Schon der britische Ökonom Thomas Malthus (1766–1834) erklärte Bevölkerungsentwicklung über familiäre Muster. Alfred Marshall (1842–1924), der sich mit der Armut im viktorianischen England befasste, sah die Familie als zentrale Quelle von Wohlstand. Und Gary Becker (1930–2014), Nobelpreisträger von 1992, hat mit seiner Familienökonomie gezeigt, wie Eltern in das Humankapital ihrer Kinder investieren. In dieser ökonomischen Tradition steht auch meine Arbeit. Die Familie ist eine der wichtigsten ökonomischen Bildungsinstitutionen überhaupt.

Viele Debatten über soziale Mobilität klingen so, als sollte der Einfluss der Eltern möglichst klein sein. Je geringer die Korrelation des eigenen Erfolgs mit jenem der Eltern, desto besser: Ist das ein sinnvolles Ziel für eine Gesellschaft?
Nein. Die Familie prägt ganz wesentlich – kognitiv, emotional, sozial. Wer versucht, diese Kraft zu neutralisieren, verschwendet eine enorme Ressource. Der Fehler ist, zu glauben, man könne soziale Mobilität fördern, indem man Eltern «ausschaltet». In Wahrheit muss man sie einbeziehen und stärken.

Kritiker würden sagen: Aber gerade dieser starke Einfluss der Familie verfestigt Ungleichheit. Was entgegnen Sie?
Das Risiko besteht. Wohlhabendere, gebildetere Eltern können Programme besser nutzen, Informationen besser verarbeiten und gezieltere Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Aber die Lösung ist nicht, elterliches Engagement zu verbieten oder zu schwächen, sondern benachteiligte Familien zu befähigen. Wir dürfen elterliche Fürsorge nicht als Problem, sondern müssen sie als wertvolle Ressource begreifen.

Politiker reagieren darauf oft mit mehr Geld und Transfers. Hilft das?
Nicht automatisch. Versuche mit bedingungslosem Grundeinkommen oder direkten Geldzahlungen zeigen: Für Kinder bringt das so gut wie nichts. Entscheidend ist, wie die Ressourcen eingesetzt werden. Geld ohne Anleitung verpufft. Sehr wirksam sind dagegen Programme, die Eltern darin stärken, ihre Kinder in der Entwicklung von Fähigkeiten, konstruktivem Engagement und Charakter zu fördern.

In den USA gibt es seit Jahrzehnten das Frühförderprogramm «Head Start» für Kinder aus armutsbetroffenen Familien. Was lässt sich daraus lernen?
«Head Start» ist gut gemeint, aber seine Wirkung ist etwas begrenzt. Das Programm ist dezentralisiert und von unterschiedlicher Qualität. Es erreicht vor allem Familien, die ohnehin bereits motiviert sind. Kinder aus besonders schwierigen Verhältnissen, in denen elterliche Unterstützung fehlt, profitieren dagegen oft nicht genug. Das zeigt, dass es nicht reicht, ein Programm flächendeckend auszurollen. Es muss so ausgestaltet sein, dass gerade die Kinder in den schwierigsten Verhältnissen tatsächlich profitieren – und die Familie in das Leben des Kindes eingebunden ist.

Sie sprechen häufig davon, dass elterlicher Bildungshintergrund ein zentraler Filter sei. Wie meinen Sie das?
Programme wirken nicht neutral. Gebildete Eltern verstehen schneller, worum es geht, und setzen Empfehlungen konsequenter um. Weniger gebildete Eltern haben grössere Hürden. Deshalb verschärfen manche Massnahmen sogar Ungleichheiten, wenn man nicht gezielt unterstützt. Es kommt auf die Feinabstimmung an: Eltern dort abholen, wo sie stehen.

Haben Sie ein Beispiel, wie gebildete Eltern ihre Vorteile ausspielen?
Ja. In den USA wissen gebildete Eltern sehr genau, welche Lehrer gut sind. Sie schaffen es, ihre Kinder in diese Klassen zu bringen – selbst innerhalb derselben Schule. Solche scheinbar kleinen Unterschiede machen langfristig viel aus. Kinder profitieren von besserem Unterricht, während andere zurückbleiben. Hier sieht man, wie stark Verhalten und Wissen weitergegeben werden.

Können Sie beschreiben, wie genau ein Programm aussieht, das Ungleichheit wirklich abbauen kann?
Ja, nehmen wir das Beispiel aus Jamaika. Dort erhielten Familien regelmässige, meist zweiwöchentliche Hausbesuche, bei denen Eltern lernten, mit ihren Kindern zu interagieren. Eine Stunde pro Besuch genügte – und Jahrzehnte später waren die Kinder gesünder, besser gebildet und beruflich erfolgreicher. Ähnliche Ansätze haben wir in China untersucht: Auch dort gilt, dass die Aktivierung der Eltern der Schlüssel ist.

Sie betonen immer wieder die Bedeutung der frühen Jahre. Warum sind diese so zentral?
Weil Kinder in den ersten Lebensjahren am aufnahmefähigsten sind. Dort werden grundlegende Fähigkeiten wie Sprache, Motivation und Selbstkontrolle geprägt. Spätere Investitionen – etwa in der Schule oder an der Universität – entfalten ihre Wirkung nur dann, wenn bereits in der frühen Kindheit investiert wurde. Wer soziale Mobilität will, muss so früh wie möglich ansetzen.

Wie universell ist die Bedeutung der Familie – gilt sie in den meisten Ländern?
Absolut. Ob in China, unter vietnamesischen Flüchtlingen in den USA oder in Europa – überall zeigt sich: Familien, die Bildung ernst nehmen und Kindern Stabilität geben, schaffen Aufstieg. Diese Mechanismen sind universell.

Was können wohlhabendere Länder von ärmeren lernen?
In ärmeren Kontexten ist man gezwungen, mit wenig Ressourcen zu arbeiten – und setzt darum stärker auf das, was wirklich zählt: direkte Interaktion zwischen Eltern und Kindern. Reiche Länder neigen dagegen dazu, Probleme mit Geld zu überdecken. Aber Geld ersetzt keine Beziehung.

Und welche Rolle spielt die Kultur?
Eine zentrale Rolle. In Vietnam oder China hat Bildung traditionell einen sehr hohen Stellenwert. Familien erwarten, dass Kinder fleissig sind, Opfer bringen und aufsteigen. Diese Haltung ermöglicht soziale Mobilität – oft auch unter widrigen Umständen. In Gesellschaften, in denen Bildung weniger geschätzt wird, sind die Aufstiegschancen geringer, selbst wenn mehr Ressourcen vorhanden sind.

«Familien, die Bildung ernst nehmen und Kindern Stabilität geben, schaffen Aufstieg. Diese Mechanismen sind universell.»

James Heckman, Nobelpreisträger

PD

Und wenn wir den Blick nochmals in die USA wenden: Wie hat sich die Mobilität bei Afroamerikanern entwickelt?
Die Geschichte ist bemerkenswert. Trotz Diskriminierung haben Afroamerikaner im 20. Jahrhundert erhebliche Fortschritte erzielt – in Bildung, Einkommen und sozialem Status. Aber zugleich ist die Ungleichheit innerhalb der Community stark gewachsen. Insbesondere Kinder aus stabileren Familien oder allgemein aus stabilerer Erziehung konnten aufschliessen, während andere zurückblieben. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Fortschritt insgesamt verlangsamt. Das zeigt sehr klar: Mobilität hängt nicht nur von Rechten oder Ressourcen ab, sondern in entscheidendem Masse von stabilen und unterstützenden Familienstrukturen.

Welche Bedeutung haben dabei die Mechanismen der intergenerationellen Weitergabe?
Eine entscheidende. Eltern geben nicht nur Einkommen weiter, sondern vor allem Verhalten, Sprache und Erwartungen. Solche Mechanismen erklären, warum Familien so prägend sind – und warum Politik allein das nicht ausgleichen kann.

Die Familien durchleben zurzeit einen Wandel. Es gibt mehr Alleinerziehende, die Rolle der Grosseltern verändert sich: Welche Folgen hat das?
Es schwächt den familiären Rückhalt. Grosseltern etwa spielten früher eine wichtige Rolle in der Kinderbetreuung. Heute sind sie oft weit entfernt. Alleinerziehende oder Familien mit sehr knapper Zeit haben es schwerer, Kinder zu unterstützen. Das schmälert die Aufstiegschancen dieser Kinder.

Manche fordern deshalb einen stärkeren staatlichen Eingriff. Was halten Sie davon?
Der Staat kann unterstützen, aber er kann Eltern nicht ersetzen. Jede Politik, die versucht, die Familie zu substituieren, wird scheitern. Erfolgreich ist sie nur, wenn sie Familien stärkt – durch Bildung, durch Coaching, durch die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten.

Heisst das, dass auch private Initiativen eine wichtige Rolle spielen können?
Unbedingt. Denken Sie an Henry Ford, der Anfang des 20. Jahrhunderts die Löhne seiner Arbeiter verdoppelte – nicht aus reiner Wohltätigkeit, sondern als Investition in stabile und produktive Beschäftigte. Oder an Julius Rosenwald, den Gründer von Sears, Roebuck, der zusammen mit Booker T. Washington Tausende Schulen für afroamerikanische Kinder im Süden der USA baute. Diese Rosenwald Schools haben über Generationen soziale Mobilität ermöglicht. Solche Beispiele zeigen: Gesellschaftlicher Fortschritt kommt nicht allein vom Staat, auch private Akteure können enorm viel bewirken.

Wenn Sie jungen Eltern heute einen einzigen Rat geben dürften, wie würde er lauten?
Seien Sie präsent. Sprechen Sie viel mit Ihrem Kind, lesen Sie ihm vor, lassen Sie es ausprobieren und auch scheitern. Kinder lernen durch Nachahmung und durch Fehler. Liebe und Aufmerksamkeit sind durch nichts zu ersetzen.

Interview: Melanie Häner-Müller und Christoph A. Schaltegger

Zur Person

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. James Heckman (81) ist ein US-amerikanischer Ökonom und Professor. Im Jahr 2000 erhielt er zusammen mit dem US-amerikanischen Ökonometriker Daniel McFadden den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine bahnbrechenden Methoden zur Bewertung sozialer Programme und zur Berücksichtigung von Auswahlverzerrungen in der Politikforschung. Seine Arbeit konzentriert sich auf Massnahmen, die Ungleichheit verringern und die Kompetenzentwicklung im Laufe des Lebens fördern. Er verfolgt einen interdisziplinären Ansatz, und die Zusammenarbeit des Zentrums erstreckt sich über mehrere Themen, Disziplinen und Länder.

Chancengerechtigkeit heisst auch Generationengerechtigkeit

Weil die Babyboomer weniger Kinder haben als frühere Generationen, belastet ihre Altersvorsorge die Jungen immer stärker. Notwendige Reformen sollten sich dabei stärker an der Verursachergerechtigkeit orientieren.

BERND RAFFELHÜSCHEN

Wenn es um Chancen geht, wird Chancengleichheit gemeinhin als gerecht empfunden. Gerechtigkeit ist allerdings ein für den Juristen unbestimmter Rechtsbegriff, für Fans des österreichischen Ökonomen Friedrich August von Hayek (1899–1992) ein inhaltsleeres «Wieselwort» und für den Statistiker eine nicht messbare Grösse, mit der man sich besser nicht weiter beschäftigt. Denn wenn jeder darunter etwas anderes versteht, kann eine Einigung über das rechte Ausmass nur in einen ideologisierten Glaubenskrieg münden, in dessen Hochphase wir uns derzeit befinden.

Die Fronten sind klar abgegrenzt. Auf der einen Seite stehen jene, die glauben, dass Gerechtigkeit mit gleichen Chancen und gleichem Resultat zu tun haben muss. Unablässig verweisen sie auf die angeblich «unumstössliche» Tatsache, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Zwar verweist der etwas versiertere Zeitgenosse auf die im Zeitablauf der vergangenen Jahrzehnte fast konstante Einkommensverteilung und zeigt auch auf, dass die Armen ebenfalls immer reicher geworden und nunmehr die reichsten Armen sind, die wir jemals hatten.

Damit gehört dieser Zeitgenosse allerdings schon auf die andere Seite der Front. Jene Front, die glaubt, dass die Chancenverteilung beim Startschuss gleich sein sollte. Was aus der ex ante gleichen Chancenverteilung ex post resultiert, ist Ausdruck der marktgerechten Lebensleistung, deren Einkommens- und Vermögensvarianz durch ein politökonomisches Abstimmungsprozedere über den Progressionsgrad des Steuersystems mehr oder weniger stark komprimiert werden kann und sollte.

Da allerdings Leistung nur gezeigt wird, wenn sich Leistung auch lohnt, braucht es ein Mindestmass an Ungleichheit, von der wir derzeit eher zu wenig als zu viel haben. Fehlende Anreize, die eigene Einkommensposition zu verbessern, erhöhen die Ungleichheit und fördern das Ausmass an «notwendiger und gerechter» Umverteilung zulasten derer, die ohnehin nur «Glück gehabt» haben.

Gleichheit auf dem Prüfstand

Wenn aber die politische Auseinandersetzung mit der Chancengleichheit schon bei der Frage der individuellen Gerechtigkeit unüberwindbar scheinende Grabenkämpfe induziert, dann könnte man vermuten, dass es bei der Frage der intergenerativen Gerechtigkeit eher noch diffuser aussieht. Geht die junge Generation in der Schweiz, Österreich oder in Deutschland mit gleichen Chancen an den Start des wirtschaftlichen Lebens wie vorangegangene Generationen? Und woran wollen wir die «gerechte» intergenerative Verteilung der Chancen messen?

Um es gleich vorwegzunehmen: Diese Fragen sind schlicht nicht zu beantworten, denn Verteilungsgerechtigkeit lässt sich auch hier nicht messen. Was wir jedoch messen können, ist die Gleichbehandlung sowie der Abstand vom Zustand der Gleichbehandlung. Man kann unter Gerechtigkeit eine Gleichheit verstehen, für die die Wissenschaft einen Indikator anbieten kann: die Generationenbilanz.

Dieses inzwischen weit verbreitete statistische Konzept berechnet die Nachhaltigkeitslücken eines fiskalischen Systems wie beispielsweise der AHV oder der obligatorischen Krankenversicherung in der Schweiz oder der Renten- und Krankenversicherung in Deutschland. Unter einer Nachhaltigkeitslücke versteht man die Differenz aus dem Barwert aller zukünftigen Einzahlungsströme abzüglich des Barwertes aller Versorgungsansprüche aller heute lebenden und zukünftigen Generationen unter dem gesetzlichen Status quo der Gegenwart. Ist diese Differenz null, so gilt das fiskalische System als nachhaltig und man kann mit heutigen Steuern und/oder Beiträgen das heutige Leistungsniveau auf Dauer halten. Klafft eine Lücke, so ist die gegenwärtige Politik nicht nachhaltig. Das bedeutet, dass man in Zukunft zwangsweise Veränderungen wird vornehmen müssen, die zu Lasten gegenwärtig alter, junger oder zukünftiger Generationen gehen.

Natürlich sind die bestehenden Lücken beträchtlich, weil in allen Systemen immer mehr alte Leistungsempfänger von immer weniger jungen Erwerbstätigen immer länger finanziert werden müssen. Egal ob in der Schweiz, Österreich oder Deutschland – überall beziffern sich die Nachhaltigkeitslücken auf eine Grössenordnung von mindestens einer jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP). Und genau dies wären die Rücklagen, die die entsprechenden Systeme gebildet hätten, wären sie bilanzierungspflichtige ehrbare Kaufleute. Ein Unternehmen muss nämlich für zukünftige Leistungsversprechen Rückstellungen in versicherungsmathematisch ausreichender Weise bilden. Unterbleibt eine solche Rückstellungsbildung, so droht es insolvent zu werden. Der Insolvenzgrund ist dabei ein Überschuldungstatbestand, denn fehlende Rückstellungen sind Schulden. Da aber die AHV wie auch die Rentenversicherungen in Deutschland und Österreich bilanziell quasi «Milchbüechli»-Rechner sind, dokumentieren sie nur die jährlichen Ein- und Auszahlungen und bringen diese im Umlageverfahren in Übereinstimmung. Zukünftige und absehbare Defizite spielen keine Rolle und werden «vertuscht».

Nachhaltigkeit als Massstab

Was sollte also getan werden und wie sieht die «gerechte» Verteilung der Lasten auf die Schultern der jeweiligen Generationen aus? Das Instrumentarium zur Sicherung der Nachhaltigkeit ist im Falle der Altersvorsorge relativ überschaubar. Man kann und müsste das Rentenzugangsalter, das Rentenniveau und/oder die Beitragshöhe modifizieren. Was von all dem ist aber gerecht und sichert die Chancengleichheit zwischen den Generationen? Gerechtigkeit im Sinne einer allgemeinen Gleichbehandlung kann es nicht geben, denn bei gegebenem Zugangsalter kann mit dem derzeitigen Abgabenniveau das herrschende Rentenniveau nicht finanziert werden.

Und wie genau müssten gerechte Veränderungen beispielsweise des Rentenzugangsalters aussehen? Die Wählermehrheit wäre bei einem Medianwähleralter von zirka 55 Jahren in jedem Fall dafür, hier keine Veränderung vorzunehmen. Tatsache ist aber, dass die Rentenbezugszeit sich über die letzten Generationen verdoppelt hat und man bei konstantem Rentenzugangsalter weniger oder gleichbleibend viele Jahre gezahlt, aber immer mehr Jahre die Leistungen bezogen hat. Würde man mithin unter einer gerechten Lösung die Gleichheit des Verhältnisses von Bezugs- und Einzahlzeit verstehen, dann müsste das Rentenzugangsalter in der Schweiz, Österreich und Deutschland bereits heute bei etwa 68 Jahren liegen und würde bis 2035 auf knapp 70 Jahre ansteigen. Das wäre die skandinavische Lösung des Lebenserwartungsfaktors, der die steigende Lebenserwartung relativ gleich und damit gerecht auf die einzelnen Generationen verteilt.

Zentraleuropa oder gar Südeuropa sind von einer solchen («gerechten») Gleichbehandlung weit entfernt. Aber selbst wenn man diesen Weg gegangen wäre, die Nachhaltigkeitslücke wäre allein durch die Einführung des Lebenserwartungsfaktors in den 1990er Jahren nicht zu schliessen gewesen. Es muss letztlich entschieden werden, ob mit steigenden Beiträgen die derzeitigen Rentenniveaus (Leistungsprimat) oder mit sinkendem Rentenniveau die derzeitigen Beiträge (Beitragsprimat) stabilisiert werden sollen. Es versteht sich von selbst, dass die Alten das Leistungs- und die jungen Generationen das Beitragsprimat als gerecht ansehen würden – und in beiden Fällen hilft der Gleichbehandlungsgrundsatz hinsichtlich der intergenerativen «Gerechtigkeit» nicht weiter, weil man nicht beides gleich lassen kann.

Baustelle: Das Schweizer Renten- und Generationenmodell ist reformbedürftig und ruft nach Umbau, nicht nach Kosmetik. ASTRA

Politisch gleicht die Herstellung einer Chancengleichheit zwischen den Generationen einem Himmelfahrtskommando mit einer statistischen Überlebenswahrscheinlichkeit von nahezu null.

Beitrags- oder Leistungsprimat?

Wenn also die intergenerative Gleichbehandlung wie im Falle des Rentenzugangsalters keine Lösung ist, wie soll eine gerechte Verteilung der demografischen Lasten, die zweifelsfrei auf uns zukommen, aussehen? Beitrags- oder Leistungsprimat? Politökonomisch ist die Mehrheit zweifelsfrei für das Leistungsprimat bei steigenden Beitragslasten. Wenn aber die Beitragszahler der Zukunft mehr als die Hälfte ihrer Löhne für die Versorgung der geburtenstarken Jahrgänge aufzubringen hätten, dann könnten diese auf die Idee kommen, die Alten zu fragen, welche Teile ihres Lohnes denn diese für die damaligen Alten gegeben haben. Sollte die ehrliche Antwort dann bei etwa einem Drittel liegen, müssten sie sich der Frage stellen, warum sie von ihren Kindern denn eine so viel höhere Abgabenlast erwarten. Natürlich liegt der Grund auch darin, dass die geburtenstarken Jahrgänge so viele sind – wofür die Kinder allerdings nichts können.

Der eigentliche Grund für die immensen Mehrbelastungen liegt jedoch darin, dass die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge so wenige sind – und das haben die Babyboomer verschuldet. Sie sind es, die zu wenige Kinder auf die Welt gebracht haben, und sie sind es auch, die durch ihre schiere Zahl das Problem selbst sind. Versteht man unter dem unbestimmten Rechtsbegriff «Gerechtigkeit» den exakt zu bestimmenden Begriff «Verursachergerechtigkeit», dann führt kein Weg am Beitragsprimat bei gleichzeitiger signifikanter Anhebung des Rentenzugangsalters vorbei. Nur so ist es möglich, die Chancengleichheit zwischen den Generationen wirklich zu garantieren.

Eine unbequeme Lösung

Alles andere führt zu einem Akzeptanzproblem der jungen und zukünftigen Generationen der Altersversorgung durch den Generationenvertrag, weil sonst der Verursacher die Verantwortung für das, was er selbst verschuldet hat, nicht tragen muss. Stringent zu Ende gedacht, heisst das auch, dass zukünftige Leistungsanpassungen an die Zahl der Kinder gekoppelt werden sollten, denn in den geburtenstarken Jahrgängen sind Familien mit mehreren Kindern eine Seltenheit bei zumeist starker finanzieller Belastung. Auch klar ist, dass bei der Gesundheits- und der Pflegeversorgung, bei denen die impliziten Schulden ähnliche Grössenordnungen annehmen wie im Falle der Altersversorgung, analog vorgegangen werden sollte.

Politisch gleicht die Herstellung einer Chancengleichheit zwischen den Generationen allerdings einem Himmelfahrtskommando mit einer statistischen Überlebenswahrscheinlichkeit von nahezu null.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen ist Professor für Finanzwissenschaft sowie Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Lichtsignalsystem für die zeitweilige Regulierung von Fahrstreifen: Eine Orientierungshilfe – genau wie unser Bildungssystem Möglichkeiten schafft, zwischen akademischen und beruflichen Pfaden zu wechseln. ASTRA

Berufsbildung ist zentral für soziale Mobilität

Ergänzt ein leistungsfähiges und durchlässiges System der Berufsbildung den klassischen akademischen Bildungsweg, führt dies zu mehr Aufstiegschancen und insgesamt mehr höherer Bildung und verbesserten Einkommen.

STEFAN C. WOLTER

Tertiäre Bildungsabschlüsse ermöglichen nachweislich deutlich höhere Einkommen und gesellschaftlicher Status wird in weiten Teilen vor allem an akademischen Bildungsabschlüssen und an Bildungsjahren gemessen. Da mutet es wie ein Paradoxon an, wenn behauptet wird, dass die Berufsbildung soziale und ökonomische Mobilität fördern könne. Doch der Widerspruch ist nur scheinbar. Die Auflösung dieses scheinbaren Widerspruchs liegt in drei zentralen Punkten, die zusammengenommen erklären, weshalb die Berufsbildung einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Mobilität leistet.

Verhindern von Bildungsabbrüchen

Auch wenn höhere Bildungsabschlüsse über die gesamte Erwerbsbiografie hinweg substanzielle Einkommenszuwächse generieren – in der Schweiz rund 40 Prozent pro Erwerbsjahr –, zeigt sich in vielen Ländern, dass ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen den Weg zu höherer Bildung nicht erst an der Schwelle zur Tertiärstufe verpasst, sondern bereits beim Versuch scheitert, überhaupt einen nachobligatorischen Abschluss zu erreichen. In diesen Fällen nützen die hohen Einkommensprämien tertiärer Abschlüsse nichts, weil sie für die Betroffenen von Anfang an ausser Reichweite bleiben.

Gerade deshalb ist ein starkes Berufsbildungssystems so wichtig. Es verhindert in vielen Fällen, dass Jugendliche den Anschluss verlieren, und sichert, dass möglichst viele einen Abschluss auf Sekundarstufe II erlangen. Zwar verfehlt die Schweiz ihr eigenes, ambitiöses Ziel, dass 95 Prozent aller 25-Jährigen einen entsprechenden Abschluss vorweisen können, knapp. Dennoch liegt sie im internationalen Vergleich weiterhin an der Spitze. Dass die Berufsbildung hierbei eine Schlüsselrolle spielt, zeigt sich auch im innerkantonalen Vergleich: Je höher die Beteiligung an der Berufsbildung, desto höher ist auch die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II insgesamt.

Es gibt gute Gründe dafür, dass Berufsbildung nicht nur mit Bildungserfolg korreliert, sondern kausal dazu beiträgt. Unabhängig vom jeweiligen Bildungssystem gilt nämlich: Am Ende der obligatorischen Schulzeit ist ein grosser Teil der Jugendlichen schulmüde. Systeme, die nur mehr Schule anbieten, verlieren in dieser Phase viele Lernende. Die Möglichkeit, schulisches Lernen mit praktischer Berufserfahrung zu kombinieren und früh in die Erwachsenenwelt einzutreten, wirkt dagegen stabilisierend. Sie motiviert Jugendliche, ihre Ausbildung weiterzuführen.

Hinzu kommt, dass sich in der Berufsbildung für viele die Gelegenheit bietet, Talente einzusetzen und zu entwickeln, die im allgemeinbildenden Unterricht kaum oder gar nicht berücksichtigt werden. Jugendliche, die im traditionellen Bildungskanon mittelmässig geblieben oder gar gescheitert wären, erleben im Lehrberuf nicht nur berufliche Erfolge, sondern auch einen wichtigen Bildungserfolg. Damit wird die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Bildungsbiografie fortsetzen, deutlich erhöht.

Tiefe Maturitätsquote, hohe Tertiärquote

Dieser Mechanismus erklärt, weshalb die Schweiz, obwohl sie im internationalen Vergleich bei der gymnasialen Maturitätsquote zu den Schlusslichtern der OECD zählt, gleichzeitig bei der Tertiärquote überdurchschnittlich abschneidet. Auf den ersten Blick mag das widersprüchlich erscheinen, tatsächlich hängt beides eng zusammen.

In vielen Ländern werden Jugendliche, die zwar die Maturität schaffen konnten, aber nicht über das notwendige Rüstzeug für ein Studium verfügen, durch einen expliziten oder impliziten Numerus clausus vom Studium ferngehalten oder wenden sich nach enttäuschenden Bildungserfahrungen selbst dagegen. Aufgrund fehlender Anschlussmöglichkeiten auf der tertiären Stufe und dem Fehlen eines qualitativ hochstehenden und funktionierenden Berufsbildungssystems, stehen dann viele vor dem Nichts. In der Schweiz hingegen gelangen überdurchschnittlich viele Jugendliche, die andernorts den Bildungsweg abgebrochen hätten, doch noch zu einem höheren Bildungsabschluss. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Berufsbildung ihnen die Motivation und das Erfolgserlebnis vermittelt hat, welche für eine Weiterführung der Bildungskarriere entscheidend sind.

Pluralität, Durchlässigkeit, Qualität und Selektion

Damit aber Berufsbildung tatsächlich soziale und ökonomische Mobilität ermöglicht, braucht es zusätzliche institutionelle Rahmenbedingungen. Zentral sind vier Elemente:

- Erstens eine pluralistische Angebotsstruktur auf Tertiärstufe, die nicht nur Universitäten, sondern auch Fachhochschulen und die höhere Berufsbildung umfasst.
- Zweitens eine ausgeprägte Durchlässigkeit, die es erlaubt, Bildungswege auch nach der obligatorischen Schulzeit zu wechseln. Nur so lassen sich Sackgassen vermeiden, die zur Abwertung der Berufsbildung führen und bewirken würden, dass talentierte Jugendliche sich von Beginn an gegen diesen Weg entscheiden.
- Drittens eine konsequente Qualitäts- und Arbeitsmarktorientierung, welche sicherstellt, dass die ökonomischen Erträge pro Bildungsjahr vergleichbar hoch sind – unabhängig davon, ob die Ausbildung an einer Universität, einer Fachhochschule oder im Rahmen der höheren Berufsbildung erfolgt.
- Viertens sind Selektionskriterien im Bildungssystem wichtig, die sich direkt an arbeitsmarktrelevanten Anforderungen orientieren. Bildungssysteme mit einem einheitlichen, allgemeinbildenden Modell tendieren dazu, Selektionsentscheidungen an schulischen Fächern festzumachen, die für den Arbeitsmarkt häufig nur eine geringe Bedeutung haben.

Die duale Berufsbildung hingegen bindet Unternehmen nicht nur direkt in die Gestaltung der Bildungsinhalte ein, sondern auch in die Auswahl und Selektion der Jugendlichen. Dadurch wird sichergestellt, dass die erfolgreich ausgebildeten Lernenden den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen und die Abschlüsse tatsächlich eine ökonomische Mobilität ermöglichen. Vornehmlich allgemeinbildende Systeme führen hingegen häufig zu Mismatches auf dem Arbeitsmarkt, das heisst, zu Situationen, in denen Personen im Bildungssystem zwar höchst erfolgreich waren, danach jedoch keine Stelle finden, in der sie ihre erworbenen Kompetenzen einsetzen können.

Unternehmensnachfolge als Sprungbrett

Die ersten beiden Argumente zeigen, dass Berufsbildung im Gegensatz zur verbreiteten Ansicht nicht eine nachgeordnete Rolle für Mobilität spielt, sondern im Gegenteil zentrale Voraussetzungen dafür schafft. Hinzu kommt jedoch ein drittes Argument: Ökonomische Mobilität ist auch ohne tertiäre Bildung möglich, und nicht jede höhere Bildung führt automatisch zu höheren Einkommen.

Ganz besonders gilt dies, wenn Berufsbildung den Weg in eine erfolgreiche Selbständigkeit eröffnet. Dabei geht es nicht um Scheinselbständigkeit im Rahmen von Ein-Personen-Betrieben, sondern um die Chance, Unternehmen aufzubauen, weiterzuentwickeln oder zu übernehmen. Die demografische Entwicklung verstärkt diese Möglichkeit: Durch die Pensionierungswelle der Babyboomer-Generation suchen schätzungsweise jährlich rund 15 000 Unternehmen in der Schweiz eine Nachfolgelösung. Viele dieser Betriebe sind im handwerklichen oder dienstleistungsorientierten Bereich tätig, wo akademische Qualifikationen traditionell wenig verbreitet sind.

Damit eröffnen sich für junge Berufsleute aussergewöhnliche Chancen. Wer eine Lehre absolviert und diese mit einem Abschluss der höheren Berufsbildung ergänzt, kann bereits in jungem Alter in die Rolle als Eigentümerin oder Eigentümer hineinwachsen. Im Erfolgsfall sind die ökonomischen Erträge dieser beruflichen Selbständigkeit oft höher als die Einkommen durchschnittlicher Akademikerinnen und Akademiker. Es ist daher durchaus möglich, dass die Berufsbildung in naher Zukunft nicht weniger, sondern sogar mehr soziale Mobilität ermöglicht als ein klassischer akademischer Werdegang.

Die Beobachtung, dass die Schweiz sich im internationalen Vergleich durch eine besonders ausgeprägte ökonomische Mobilität auszeichnet, kann im Lichte dieser Überlegungen so interpretiert werden, dass dies nicht «trotz» der starken Verbreitung der dualen Berufsbildung möglich ist, sondern gerade «wegen» der dualen Berufsbildung. Diese erlaubt es nicht nur, unterschiedlichste Talente zur Entfaltung zu bringen, die in klassischen, stark auf Allgemeinbildung fokussierten Bildungssystemen weder gefördert noch berücksichtigt würden. Sie steigert zudem die Lernmotivation bei Jugendlichen, die zwar leistungsbereit und -fähig sind, jedoch stärker durch extrinsische als durch intrinsische Anreize angesprochen werden.

In einem pluralistischen und durchlässigen Bildungssystem wie es in der Schweiz existiert bedeutet die Wahl einer beruflichen Ausbildung daher in den meisten Fällen auch keine Abwahl einer höheren und längeren Ausbildung, die für viele gut entlohnte Berufe und Karrieren unabdingbar geworden ist. Angesichts der bevorstehenden demografischen Herausforderungen sowie der technologischen Entwicklungen – Stichwort künstliche Intelligenz – ist es schliesslich durchaus wahrscheinlich, dass die Bedeutung der Berufsbildung in Zukunft weiter zunehmen wird, um soziale Mobilität nicht nur zu fördern, sondern vielerorts überhaupt erst zu ermöglichen.

Prof. Dr. Stefan C. Wolter ist Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle und Leiter der Forschungsstelle für Bildungsökonomie an der Universität Bern.

Mobilität nicht «trotz», sondern «dank» beruflicher Bildung.

Der Westen ist gerechter und wohlhabender, als es scheint

Die Mär, die Ungleichheit nehme in den Industrieländern zu, ist ein Produkt falscher Behauptungen. Gerade die Schwächsten haben von der Entwicklung besonders profitiert. Es gilt die Bedingungen zu stärken, die dies erst möglich gemacht haben.

Achtung Gefahrenstelle: Dieses Verkehrsschild steht als Warnung vor Fehlinterpretationen und übertriebenen Narrativen. ASTRA

DANIEL WALDENSTRÖM

Es ist zu einem weit verbreiteten Narrativ in Redaktionen, Thinktanks und an Esstischen geworden: Die Ungleichheit explodiere, die Mittelschicht verschwinde, und der Kapitalismus steure auf eine Oligarchie zu. Diese Sichtweise hat sich nicht nur deshalb durchgesetzt, weil sie das Unbehagen unserer Zeit einfängt, sondern auch, weil sie mit sichtbaren Veränderungen in westlichen Gesellschaften einhergeht. In vielen Städten sind die Wohnkosten den Löhnen davongelaufen. Milliardärsvermögen scheinen sich zunehmend von der Alltagsökonomie abzukoppeln. Und das Vertrauen in Institutionen ist geschwunden, nicht zuletzt nach einer Pandemie, die Schwächen in Gesundheitssystemen und sozialen Sicherungsnetzen offengelegt hat.

Doch diese verbreitete Erzählung beruht – bei aller emotionalen und politischen Schlagkraft – auf einer selektiven Lesart der Fakten. Zwar deuten einige Daten auf eine zunehmende Ungleichheit seit den 1980er Jahren hin, umfassendere Messungen zeichnen jedoch ein anderes Bild. Werden Steuern, staatliche Transfers, Rentenansprüche und Vermögenswerte berücksichtigt – ebenso wie die Tatsache, dass Individuen im Laufe ihres Lebens zwischen Einkommensgruppen auf- und absteigen –, erscheinen die westlichen Volkswirtschaften deutlich ausgeglichener, als es häufig dargestellt wird.

Dies ist freilich kein Plädoyer für Selbstzufriedenheit. Die ökonomischen und politischen Risiken extremer Vermögenskonzentration sind real, und anhaltende Armut in hochentwickelten Gesellschaften bleibt inakzeptabel. Doch falsche Diagnosen führen zu schädlichen Therapien. Wer glaubt, das bestehende System reproduziere die Ungleichheiten des «Gilded Age» Ende des 19. Jahrhunderts in den USA, greift womöglich zu Gegenmitteln, die mehr schaden als nützen: umfassende Vermögenssteuern, eine Ausweitung staatlicher Eigentümerschaft oder Eingriffe in Märkte im Namen der Fairness. Ein besseres Verständnis des ökonomischen Wandels weist stattdessen auf einen fruchtbareren Weg – einen, der auf Wachstum durch Chancenexpansion, auf Vermögensaufbau in breiten Bevölkerungsschichten und auf die Stärkung der Schwächsten setzt statt auf die Beschränkung der Erfolgreichsten.

Pikettys blinde Flecken

Die weithin akzeptierte Erzählung moderner Ungleichheit entstand im Gefolge von Thomas Pikettys «Capital in the Twenty-First Century». Dieses Werk argumentierte, die Ungleichheit habe sich nach einem Rückzug in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit den Liberalisierungen der 1980er Jahre erneut verstärkt. Gestützt auf Grafiken, die den – insbesondere in den USA – steigenden Einkommensanteil des obersten Prozents zeigten, gewann die Theorie an Schlagkraft. Doch diese Erzählung, die sich auf Einkommensdaten vor Steuern stützt, blendet zentrale Entwicklungen aus, die ihre Thesen relativieren.

So wählte Piketty 1980 als Ausgangspunkt – ein Zeitpunkt, in dem die Ungleichheit aussergewöhnlich niedrig war, infolge hoher Steuern und strenger Regulierung, die Unternehmertum bremsten. Der Vergleich überzeichnet den jüngsten Anstieg. Im historischen Kontext liegen die heutigen Ungleichheitsniveaus deutlich unter jenen des frühen 20. Jahrhunderts, als Steuern minimal und Vermögen in Händen kleiner Eliten konzentriert waren. Zudem hat sich die Einkommensverteilung in den vergangenen zwei Jahrzehnten abgeflacht. Mehrere Indikatoren der Einkommensungleichheit haben sich stabilisiert, insbesondere nach Steuern und Transfers.

Ein weiterer blinder Fleck ist die Vernachlässigung öffentlicher Leistungen und von Umverteilung. Ein erheblicher Teil der Staatsausgaben kommt heute direkt Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen zugute – über Gesundheitsversorgung, Bildung und Altersvorsorge. Daten zur Einkommensverteilung vor Steuern und Transfers erfassen diese Effekte gar nicht. In Europa, wo die Umverteilung besonders ausgeprägt ist, klafft daher eine erhebliche Lücke zwischen Bruttoeinkommen und realem Lebensstandard. Aber auch in den USA tragen steuerfinanzierte Programme und arbeitgeberbasierte Leistungen wie Krankenversicherung wesentlich zur Umverteilung bei.

Ausgeblendete Vermögen

Ebenso wichtig sind die verbreiteten Missverständnisse um das Vermögen. Viele Schlagzeilen ignorieren die grössten Kapitalbestände der Mittelklasse: selbstgenutztes Wohneigentum und die Guthaben der obligatorischen kapitalgedeckten Altersvorsorge. Diese Auslassungen sind entscheidend. Bezieht man sie ein, verändert sich das Bild der Vermögensverteilung erheblich. Daten aus westlichen Ländern zeigen, dass das private Vermögen seit 1950 massiv gestiegen ist – und zwar nicht nur bei den Reichen. Die Zusammensetzung der Vermögen hat sich von Unternehmensbeteiligungen und Grossgrundbesitz der Eliten hin zu weit verbreitetem Eigentum an Häusern und Pensionsfonds verschoben.

Heute besitzen in den meisten Industrieländern 60 bis 70 Prozent der Haushalte ihre Hauptwohnung. Millionen weitere haben Ansprüche gegenüber Pensionsfonds oder sind über indexbasierte Vorsorgepläne am Aktienmarkt beteiligt. Dies markiert eine Demokratisierung des Kapitals – mit höheren Renditen bei geringeren Risiken, die früheren Generationen weitgehend verwehrt blieben. Finanzielle Vermögenswerte sind längst kein exklusives Feld der Wohlhabenden mehr, und diese haben die Verteilung egalitärer gemacht, als gemeinhin realisiert wird.

Auch der langfristige Trend der Vermögenskonzentration stützt diese Sicht. In Europa hält das oberste Prozent heute nur etwa ein Drittel dessen, was es um 1900 besass. Seit den 1970er Jahren ist dieser Anteil trotz boomender Kapitalmärkte weitgehend stabil geblieben. In den USA ist das Bild zwar komplexer. Hier ist die Konzentration seit den Nachkriegsjahren gestiegen – getrieben jedoch weniger von einer Aushöhlung des Mittelstands als von den Vermögen erfolgreicher Unternehmer im Tech- und Finanzsektor. Dennoch liegen die Werte der Vermögenskonzentration weit unter den Höhen des frühen 20. Jahrhunderts, und die Mittelschicht hat substanzielle Zugewinne verzeichnet, absolut wie relativ.

> Die westlichen Gesellschaften sind nicht perfekt, aber reicher und gerechter, als oft behauptet wird.

Auf- und Abstieg über die Zeit

Hinzu kommt die Frage der Messung. Statistiken erfassen meist Momentaufnahmen. In der Realität sind ökonomische Positionen dynamisch: Viele, die heute im unteren Dezil auftauchen, steigen in wenigen Jahren auf, während andere vom oberen Rand wieder abfallen – durch Marktbewegungen oder persönliche Rückschläge. Solche Lebenseffekte bedeuten, dass dauerhafte Ungleichheit oft überschätzt wird. Langfriststudien zeigen in der Regel eine höhere Einkommensmobilität als gemeinhin angenommen wird.

Auch soziale Sicherungssysteme drücken die Ungleichheit. In Schweden halbiert sich die gemessene Vermögensungleichheit nahezu, wenn kapitalisierte Rentenansprüche einbezogen werden. In den USA sind die Effekte geringer, aber dennoch beachtlich: Rechnet man Sozialversicherung, Medicare und arbeitgeberfinanzierte Gesundheitsleistungen als Einkommen, verbessert sich die Lage der Medianhaushalte erheblich.

All dies steht der These entgegen, der Westen drifte in eine Plutokratie ab. Der Aufstieg ultrareicher Unternehmer wird oft als Beweis angeführt für eine ausser Kontrolle geratene Ungleichheit. Doch solche Vermögen spiegeln meist Wertschöpfung wider, nicht Rent-Seeking. Diese Unternehmer bauten Firmen auf, deren Produkte und Dienstleistungen Millionen freiwillig nachfragten. Ihr Erfolg schuf Arbeitsplätze, Produktivitätsgewinne und Steuereinnahmen. Der ökonomische Kuchen ist gewachsen – und viele haben daran Anteil.

Umverteilung bedarf Wohlstand

In der Realität sind steigende Realeinkommen und wachsende Vermögenswerte Voraussetzungen für eine wohlhabende Gesellschaft – und für einen leistungsfähigen Staat. Grössere Volkswirtschaften generieren mehr Steuereinnahmen, die Sozialleistungen finanzieren. Wachstum und Umverteilung stehen nicht im Widerspruch, sondern verstärken sich gegenseitig. Politische Entscheidungsträger sollten deshalb der Versuchung widerstehen, Wohlstand als Nullsummenspiel zu begreifen. Ziel ist nicht die Bestrafung von Erfolg, sondern dessen Vervielfältigung – durch Systeme, die Fortschritt für viele zugänglich machen: Barrieren zum Wohneigentum beseitigen, den Zugang zum Vorsorgesparen verbessern und Märkte offen und wettbewerbsfähig halten.

Die jüngsten in internationalen Institutionen und unter Politikern diskutierten Forderungen nach jährlichen Vermögenssteuern, wie sie die Schweiz kennt, zeigen die Risiken falscher Diagnosen. Solche Steuern treffen häufig illiquide Vermögenswerte wie Familienbetriebe oder Landwirtschaft, zwingen Eigentümer zum Verkauf oder zur Verschuldung. Weltweit legen die Erfahrungen nahe: Vermögenssteuern bringen geringe Erträge, verursachen hohen Verwaltungsaufwand und treiben Kapital ins Ausland. Wirkungsvoller ist es, Kapitalerträge – Dividenden, Kursgewinne und Unternehmensgewinne – zu besteuern und nicht den Vermögensstock selbst.

Ein falsches Verständnis von Ungleichheit birgt auch breitere Gefahren. Es lenkt ab von drängenden Problemen wie stagnierender Produktivität, demografischer Überalterung oder dem Klimawandel. Diese Herausforderungen erfordern Investitionen und Innovation – beide sind angewiesen auf Kapitalbildung. Übertreibungen im Namen der Fairness können gerade jene Dynamik zerstören, die Fairness erst ermöglicht.

Zudem droht Entfremdung. Wenn Menschen, obwohl ihr eigener Lebensstandard steigt, ständig hören, nur die Reichen profitierten, verlieren sie womöglich Vertrauen in Institutionen und werden anfällig für populistische Heilsversprechen. Der Gesellschaftsvertrag erodiert nicht nur durch tatsächliche, sondern auch durch gefühlte Ungerechtigkeit, besonders wenn diese der gelebten Erfahrung widerspricht.

All das bedeutet keine Negierung der Risiken extremer Vermögenskonzentration. Wirtschaftliche Macht darf nicht politische Macht usurpieren. Parteispenden und Wahlkampffinanzierung brauchen Transparenz und Begrenzung. Der Service Public soll universell bleiben, seine Qualität nicht vom Privatvermögen abhängen. Doch die Antwort liegt nicht in der Begrenzung von Kapitalakkumulation, sondern in der Sicherung von Rechenschaftspflicht und intakter Aufstiegschancen.

Eine bessere Reformagenda sollte Unternehmertum fördern, bürokratische Lasten für kleine Firmen senken und die Besteuerung von Arbeit so gestalten, dass sich Leistung und Sparen lohnen. Die Besteuerung des Kapitals sollte sich auf Einkommensströme richten, nicht auf Bestände. Und öffentliche Ausgaben gehören in die Grundlagen des Aufstiegs investiert: gute Bildung, Infrastruktur und Rechtsstaatlichkeit, die Risikobereitschaft belohnt.

Die westlichen Gesellschaften sind nicht perfekt, aber reicher und gerechter, als oft behauptet wird. Die grösste Errungenschaft des modernen Kapitalismus ist nicht der Aufstieg eines Jeff Bezos oder Bernard Arnault, es sind die alltäglichen Annehmlichkeiten von Millionen Menschen, deren Grosseltern noch ohne Strom oder Antibiotika lebten. Dieser Fortschritt ist real – und er sollte uns leiten. Bevor wir den Untergang diagnostizieren, sollten wir die Evidenz richtig lesen – und jene Bedingungen erneuern, die diesen Fortschritt möglich gemacht haben.

Prof. Dr. Daniel Waldenström ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Research Institute of Industrial Economics (IFN) in Stockholm und Autor von «Richer and More Equal: A New History of Wealth in the West».

«Der jungen Generation eine gute Perspektive

Für Thomas Jordans Werdegang waren zwei Chancen besonders prägend: zum einen der Zugang zu einer hochwertigen Ausbildung – von der Primarschule bis zur Universität; zum anderen faire Auswahlverfahren im Berufsleben.

«Die Fähigkeit, Begeisterung für eine Tätigkeit zu entwickeln, halte ich für besonders wichtig.»

Thomas Jordan, ehemaliger SNB-Präsident

PD

Herr Jordan, wie fühlt sich Ihr neues Leben nach dem SNB-Präsidium an?
Ich freue mich über die Möglichkeit, neue Aufgaben zu übernehmen. Neben der Geldpolitik galt mein Interesse stets auch einzelnen Unternehmen und deren Herausforderungen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Angesichts der aktuellen geopolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen ist dies für viele Firmen heute besonders anspruchsvoll. In diesem Kontext kann ich meine Erfahrungen einbringen.

Machen Sie sich Sorgen?
Die Schweizer Wirtschaft ist insgesamt robust. Doch wir müssen aufpassen, dass die Rahmenbedingungen gut bleiben. Nur so können wir unseren Wohlstand sichern und der jungen Generation eine gute Perspektive bieten.

Der frühere deutsche Aussenminister Joschka Fischer sagte einmal: «Das Amt verändert den Menschen schneller als der Mensch das Amt.» Hat er recht?
Die Nationalbank hat einen durch Verfassung und Gesetz klar definierten Auftrag. Auch der Präsident darf diesen weder eigenmächtig anpassen noch beliebig interpretieren. Seine Verantwortung besteht vielmehr darin, sicherzustellen, dass es dem Direktorium gelingt, den Auftrag zu erfüllen und darüber überzeugend Rechenschaft abzulegen. In dieser Hinsicht prägt das Amt einen Menschen stark. Vor dieser Verantwortung kann man nicht davonlaufen – und in kritischen Situationen kann es auch einsam werden. Wichtig ist, dies zu akzeptieren und dabei authentisch zu bleiben.

Und (wie) haben Sie umgekehrt die SNB verändert?
Ich hatte das Glück, über viele Jahre in verschiedenen leitenden Funktionen bei der SNB tätig zu sein. Das ermöglichte mir, wesentlichen Einfluss auf die Institution zu nehmen. Die Nationalbank konnte sich stetig weiterentwickeln, um ihr Mandat auch in einem sich verändernden Umfeld zu erfüllen. In diesem Sinne wird eine Institution immer auch von den Personen geprägt, die Verantwortung tragen.

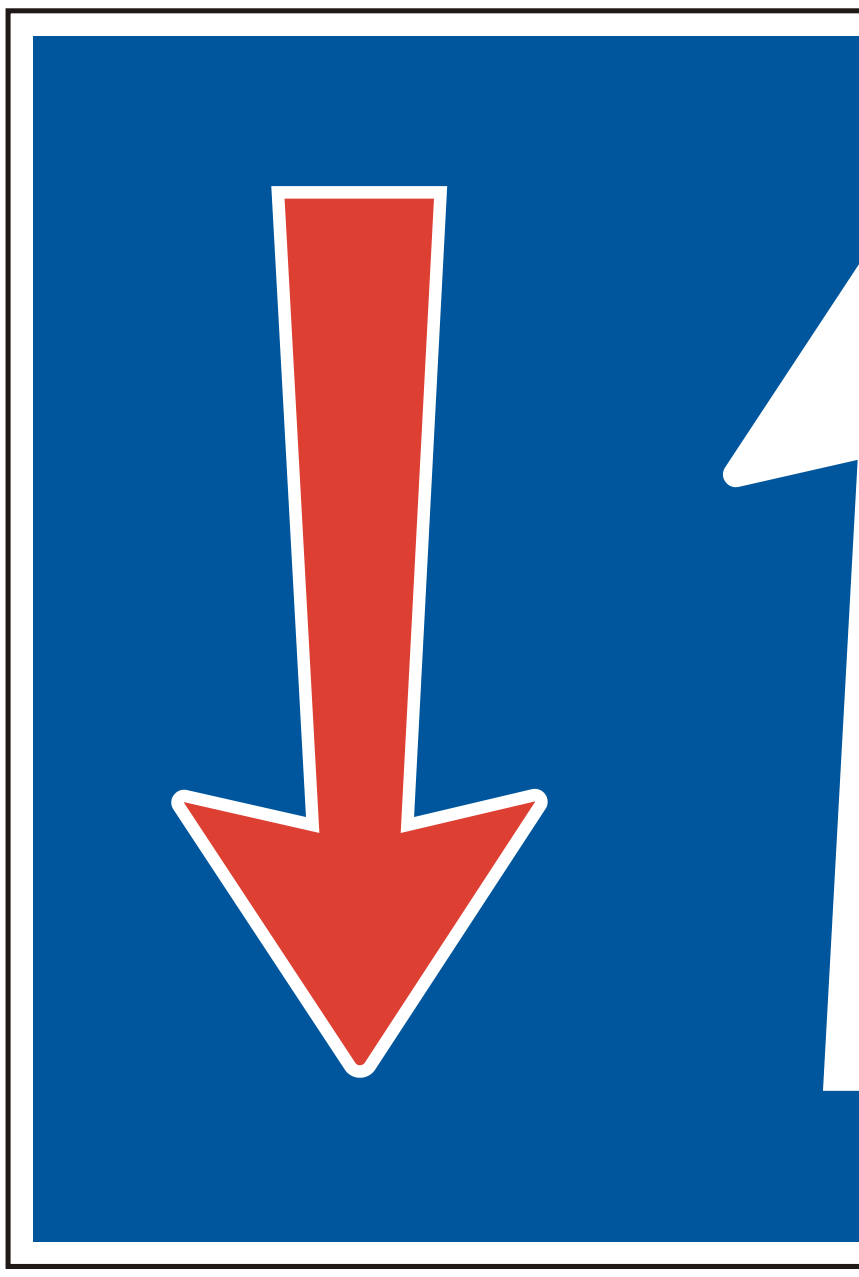
Wenn man in der Schweiz eine Umfrage durchführen würde, dann verkörperten Sie den Chef der SNB mit klassischen Schweizer Attributen wie Stabilität und Solidität wohl in idealer Weise. War das immer Ihr Wunsch – oder hatten Sie auch Zweifel?
Zweifel hatte ich nie. Geldpolitik und die Nationalbank haben mich schon im Gymnasium fasziniert. Das war ein entscheidender Grund, später Volkswirtschaftslehre zu studieren und mich auf monetäre Themen zu spezialisieren. Schon früh war es mein Wunsch, eine verantwortungsvolle Rolle bei der SNB zu übernehmen. Gleichzeitig war mir bewusst, dass die Möglichkeiten dort begrenzt sind und die Chancen, ins Direktorium zu gelangen oder gar Präsident zu werden, äusserst klein sind.

Hatten Sie einen Plan B?
Hätte es nicht geklappt, wäre ich offen für viele andere Wege gewesen – ob in der Wissenschaft oder in der Wirtschaft. Meine Interessen sind breit, und ich kann mich für vieles begeistern: von ökonomischer Theorie über Produkte und Produktion bis hin zu Abläufen von Unternehmen. Die Fähigkeit, Begeisterung für eine Tätigkeit zu entwickeln, halte ich für besonders wichtig.

Wenn Sie auf Ihren eigenen Werdegang zurückblicken: Welche Chancen waren für Ihre Karriere entscheidend?
Für meinen Werdegang waren zwei Chancen besonders prägend: zum einen der Zugang zu einer hochwertigen Ausbildung – von der Primarschule bis zur Universität; zum anderen faire Auswahlverfahren im Berufsleben. Diese Gegebenheiten haben mich stets motiviert, auch in anspruchsvollen Phasen.

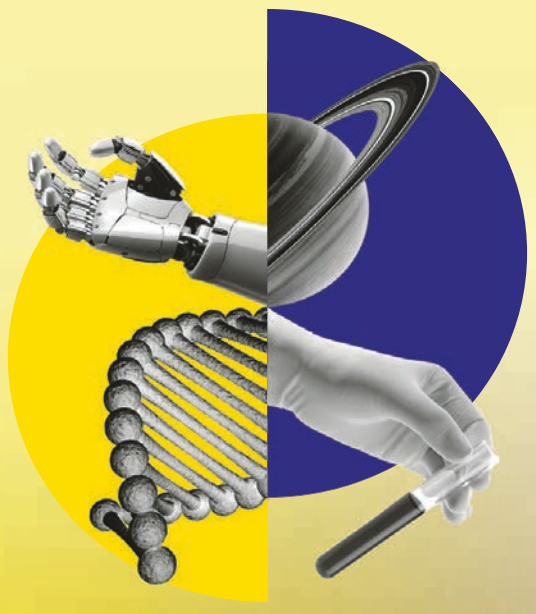
Sie kennen verschiedene berufliche Welten: Universität, Politik, Verwaltung, Unternehmen. Ist die Schweiz Ihrer Erfahrung nach ein Chancenland – gerade im Vergleich zu den USA oder Deutschland?
Die Schweiz ist eindeutig ein Chancenland. Wer hier aufwächst und lebt, hat wesentlich grössere Möglichkeiten, beruflich voranzukommen, als in vielen anderen Ländern der Welt.

Was macht diese Chancenvielfalt denn konkret aus?
Einerseits bietet die Schweiz hochwertige Ausbildungen in zahlreichen Berufen und Studienrichtungen. Andererseits gibt es hierzulande viele hervorragende Unternehmen in unterschiedlichsten Branchen. So können Menschen mit nahezu allen Neigungen und Interessen passende berufliche Wege finden. Diese Wahlfreiheit in Bezug auf Beruf und Arbeitgeber ist für die Zufriedenheit und das Glück der Menschen von zentraler Bedeutung. Damit diese Chancen tatsächlich wirksam sind, braucht es einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu Ausbildung und Beruf. Nicht zu-



Vortritt vor dem Gegenverkehr: Nicht das Ego, sondern das System kommt zuerst –

NZZ



«NZZ Quantensprung» – Forschung, die bewegt

Mit «NZZ Quantensprung» eröffnen wir Ihnen eine Themenwelt, die den Blick auf die grossen Fragen von Wissenschaft und Technologie richtet. Jede Woche präsentiert unsere Wissenschaftsredaktion eine Zukunftsvision und diskutiert ihre möglichen Auswirkungen auf die Welt – immer freitags als Podcast hören und im Newsletter lesen.

Jetzt entdecken:

NZZ Quantensprung

bieten»

letzt spielt hier das duale und durchlässige Bildungssystem eine entscheidende Rolle.

Und was braucht es, Ihrer Meinung nach damit die Schweiz ein Chancenland bleibt?
Die Schweiz wird nur dann ein Chancenland bleiben, wenn es gelingt, sowohl die Qualität der Ausbildung als auch eine breite Basis wettbewerbsfähiger Unternehmen in allen Branchen zu sichern. Denn nur so lässt sich eine Vielfalt an Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten erhalten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen haben daher einen direkten und starken Einfluss auf die beruflichen Chancen der Menschen.

In Ihrer Funktion als Präsident der Schweizerischen Nationalbank haben Sie langfristige geldpolitische Weichenstellungen verantwortet. Da braucht es viel Fachwissen und eine Umgebung von talentierten Experten. Ist diesbezüglich die Frage nach dem Bildungssystem und den gesellschaftlichen Aufstiegschancen ein Thema?
Die Nationalbank unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht grundlegend von anderen Expertenorganisationen. Sie ist darauf angewiesen, auf einen ausreichend grossen Pool an Talenten für ihre vielfältigen Aufgabenbereiche zurückgreifen zu können – und hier spielt das Bildungssystem eine zentrale Rolle. Dank ihrer hohen Attraktivität als Institution und Arbeitgeber war es der Nationalbank stets möglich, sehr qualifizierte und hoch motivierte Mitarbeitende zu gewinnen. Weil die SNB in vielen Bereichen hoch spezialisiert ist und vieles nicht an Hochschulen gelehrt wird, braucht es zudem ein durchdachtes Konzept zur internen Wissensvermittlung.

Wie gelingt es, diese Talente langfristig zu binden?
Als Expertenorganisation ist die Nationalbank hierarchisch eher flach strukturiert. Deshalb ist es wichtig, sogenannte Fachkarrieren ohne Führungsverantwortung anzubieten. Das kommt insbesondere vielen Wissenschafterinnen und Wissenschaftern entgegen und eröffnet attraktive Entwicklungsmöglichkeiten. Entscheidend ist schliesslich, dass das Vorankommen nach Leistung und Fähigkeiten erfolgt – unabhängig von gesellschaftlicher Herkunft oder anderen nicht relevanten Kriterien. Dies hält die Motivation hoch und fördert eine vielfältige Zusammensetzung der Belegschaft.

Sie waren nie nur Zentralbanker, sondern sind immer auch akademisch aktiv geblieben. Welche Chancen ergeben sich aus diesem Doppelblick?
Der Doppelblick ist für die Schweiz von grosser Bedeutung, weil wir in allen Bereichen auf praxisrelevante Innovationen angewiesen sind. Forschungsergebnisse werden in der Praxis schneller umgesetzt, wenn Unternehmen über Mitarbeitende mit engem Bezug zu Hochschulen verfügen. Umgekehrt profitiert die Forschung von Personen, die ein gutes Verständnis der tatsächlichen Gegebenheiten und der zentralen Fragestellungen der Praxis mitbringen. Entscheidend ist daher ein kontinuierlicher und zielführender Austausch zwischen Theorie und Praxis.

Wie steht es aktuell um diesen Austausch?
Er kann in der Schweiz noch vertieft werden, und bestehende Hürden sollten weiter abgebaut werden. Die SNB hat den Dialog mit der Wissenschaft stets eng gepflegt: Immer wieder verbringen Professorinnen und Professoren Zeit bei der Nationalbank, und eine beachtliche Zahl unserer Mitarbeitenden ist auch an Universitäten tätig. Zudem beschäftigt die SNB viele Praktikantinnen und Praktikanten, die so die geldpolitische Praxis kennenlernen und ihre Erfahrungen anschliessend in die akademische Forschung einbringen.

Durch Ihre Nähe zur Akademie standen Sie immer wieder im Dialog mit den Universitäten. Inwiefern prägen Hochschulen die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, Talente zu fördern und sie produktiv einzubinden?
Hochschulen bilden einen wichtigen Teil der Erwerbstätigen in der Schweiz aus. Der Anteil von Absolventinnen und Absolventen in den Belegschaften vieler Unternehmen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Für zahlreiche Arbeitsbereiche ist ein Hochschulstudium heute Voraussetzung. Hochwertige und zudem praxisrelevante Studiengänge haben daher einen grossen Einfluss darauf, ob es gelingt, die von der Wirtschaft benötigten Talente zu identifizieren und auszubilden.

Dann gilt es, den bildungspolitischen Fokus auf die Hochschulen zu legen?
Nicht nur, ebenso wichtig ist die Durchlässigkeit im Bildungssystem, damit Talente, die zunächst eine praktische Ausbildung absolviert haben, nicht verloren gehen. Inwiefern dies bereits optimal gelingt, ist schwer zu beurteilen – weitere Anstrengungen sind jedoch sinnvoll. Ein enger Praxisbezug während des Studiums erleichtert zudem den schnellen und produktiven Einsatz von Absolventinnen und Absolventen. Ergänzend können gezielte Einsteigerprogramme nach dem Studium die erfolgreiche Integration in Unternehmen zusätzlich fördern.

Mit Blick auf die globale Entwicklung: Wo sehen Sie in den kommenden Jahren die grössten Chancen und Gefahren für das Schweizer Bildungssystem und die Schweizer Wirtschaft?
Die Ausgangslage in der Schweiz ist sowohl im Bildungssystem als auch in der Wirtschaft ausgesprochen gut. Zentral ist, dass in der Wissenschaft der Wettbewerb der Ideen ohne Denkverbote erhalten bleibt. Wissen ist nie endgültig – vermeintlich gesicherte Erkenntnisse werden oft später wieder relativiert. Für die Regulierung der Wirtschaft sollte zudem der gesunde Menschenverstand wegweisend sein. Die grössten Chancen, aber auch die grössten Gefahren liegen darin, diese gute Ausgangslage zu erhalten und die Rahmenbedingungen ohne ideologische Scheuklappen weiter zu stärken.

Und was sind die Voraussetzungen, damit dies gelingt?
Für die Leistungsfähigkeit von Bildungssystem und Wirtschaft ist der Erhalt des dualen Bildungssystems entscheidend. Eine unnötige Akademisierung der Berufswelt gilt es zu vermeiden, praxisrelevante Ausbildungen müssen ausreichend gefördert werden. Gleichzeitig ist die hohe Qualität der Hochschulen zu sichern. Die Schweizer Wirtschaft profitiert seit langem von einem produktiven Mix aus Mitarbeitenden mit akademischen und praktischen Qualifikationen. Ebenso wichtig ist die Motivation der jungen Menschen, sich in der Wirtschaft zu engagieren. Die Aussicht, mit Talent und Einsatz beruflich erfolgreich sein zu können, ist dafür ein entscheidender Antrieb.

Zu guter Letzt: Wenn Sie heute noch einmal am Anfang Ihrer Laufbahn stünden, würden Sie denselben Weg einschlagen?
Ich würde auf jeden Fall denselben Weg einschlagen – und bin sehr dankbar für die Chancen, die mir die Schweiz und die Nationalbank eröffnet haben.

Interview: Melanie Häner-Müller
und Christoph A. Schaltegger

Zur Person

Mit dem Rücktritt von Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Jordan (62) als Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im vergangenen Jahr ging eine Ära zu Ende. Der an der Universität Bern habilitierte Ökonom stand seit 1997 im Dienst der SNB. Bei der Währungsbehörde durchlief der 1963 geborene Bieler alle drei Departemente, ehe er 2012 vom Bundesrat zum Präsidenten des Direktoriums gewählt wurde. In seine Amtszeit als SNB-Chef fielen unter anderem die Aufhebung des Euro-Mindestkurses im Januar 2015, die Mitarbeit der SNB bei den im April 2020 aufgegleisten Covid-19-Krediten, der Kampf gegen die Inflation im Nachgang zur Pandemie und zuletzt die Notübernahme der Credit Suisse durch die UBS im März 2023. Seit April 2025 ist er Mitglied der Verwaltungsräte der Zurich Insurance Group und der Zürich Versicherungsgesellschaft.

Wo Deutschlands soziale Mobilität wirklich stockt

Zu viel Verwirrung um die Aufstiegschancen: Die Verteilung oder Umverteilung von Einkommen und Vermögen hängt auch von der Kindheit und vom Arbeitsmarkt ab. Der Interventionismusreflex der Politik greift oft zu schnell – ganz besonders in Deutschland.

LARS P. FELD

In der Politik geht es hauptsächlich um Verteilungsfragen. Bei allen Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen Verteilungsaspekte im Vordergrund. Selbst in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik dominiert die simple Arithmetik von Gewinnern und Verlierern, lange bevor ein irgendwie gearteter Ernstfall eintritt. «Was denn sonst?», werden manche fragen. In der Tat liegt es der Politik häufig fern, effektive oder – besser noch – effiziente Lösungen für Fehlentwicklungen zu suchen und die Verteilungsaspekte einer solchen Politik zu vernachlässigen. Fredi Meier, Altrektor der Universität St. Gallen, stellte vor gut 25 Jahren in seinem Vortrag am Dies academicus der HSG fest, dass Ökonomen als wirtschaftspolitische Berater mit ihrem Insistieren auf Effizienz und Effektivität im falschen Spiel sind, so als ob jemand beim Jassen «Schach» rufen würde.

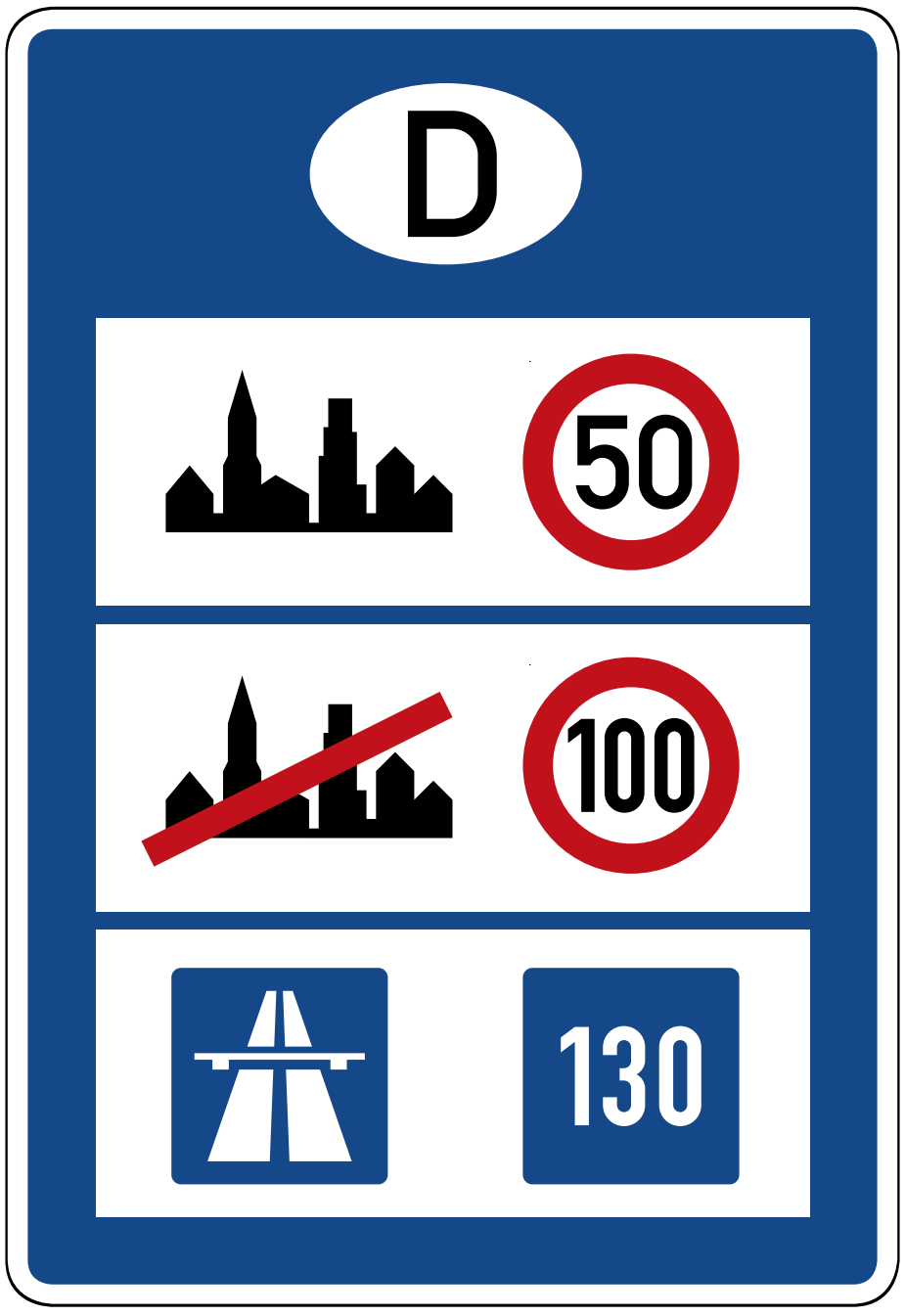
Weit verbreitete falsche Vorstellungen

Schlimmer noch als die Dominanz von Verteilungsaspekten ist die Dominanz von Narrativen in den Verteilungsdebatten, die nicht durch empirische Evidenz gedeckt sind. So hält sich die Vorstellung, dass die Schere immer weiter auseinandergeht, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, trotz gegenteiliger Evidenz. Dies führt dazu, dass die Befragten in repräsentativen Umfragen mit der Einschätzung ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation die allgemeine Einkommensverteilung ganz gut abbilden, aber von einer wesentlich stärkeren Ungleichheit ausgehen, wenn sie die Einkommenssituation anderer statt ihrer eigenen einschätzen sollen.

Was ist die Evidenz? Sie krankt schon an der Verfügbarkeit der erforderlichen Daten. In den vergangenen beiden Dekaden hat sich die Datenlage zwar erheblich verbessert. In einer Reihe von OECD-Ländern kann die Forschung auf Registerdaten, in anderen auf Steuerdaten zurückgreifen. Aber allzu häufig müssen sich Verteilungsanalysen mit Befragungsdaten zufriedengeben. Dies ist deshalb problematisch, weil Befragungen möglichen Verzerrungen unterliegen. So ist davon auszugehen, dass Befragte zu wenig über ihr Vermögen Bescheid wissen, nicht zuletzt, weil sich ihnen der Wert ihres Immobilienvermögens nicht wirklich erschliesst. Selbst gestandene Familienunternehmer kennen oft nicht auf Anhieb den Wert ihres Betriebsvermögens.

In Deutschland nutzt ein Grossteil der Verteilungsanalysen die Befragungsdaten des sozioökonomischen Panels (SOEP). Alternativ können Daten des Mikrozensus ausgewertet werden, die ebenfalls auf Befragungen beruhen. Amtliche Registerdaten existieren jedoch nicht. Für intertemporale Untersuchungen stehen zwar noch Daten der gesetzlichen Rentenversicherung zur Verfügung, die aber den Nachteil haben, dass diejenigen, die nicht gesetzlich rentenversichert sind, nicht erfasst sind. Zudem finden sich jüngere Alterskohorten, die noch nicht im Ruhestand sind, ebenfalls nicht darin.

Vor diesem Hintergrund bestätigt der jüngste Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung eine Tendenz, die seit dem Jahr 2005 besteht: Die Verteilung der Einkommen nach Steuern und Transfers, also der verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen (gewichtet auf die Mitglieder des Haushalts verteilt), ist unter gewissen Schwankungen, aber im Trend nicht mehr angestiegen. Dabei zeigt sich ebenfalls im Trend ein Anstieg der Einkommen für alle Einkommensdezile über diesen Zeitraum, für das unterste Einkommensdezil, also für die Personen mit den geringsten Einkommen, jedoch erst in jüngerer Zeit, etwa seit Mitte der 2010er Jahre. Vor dem Jahr 2005 gab es einen Anstieg in der Einkommensungleichheit, zumindest seit der Wiedervereinigung, aber schon seit den 1980er Jahren in der alten Bundesrepublik.



Informationstafel an deutschen Grenzübergangsstellen: Im Unterschied zu Österreich und der Schweiz nimmt in Deutschland die soziale Mobilität ab. WIKIPEDIA

Staatliche Altersvorsorgesysteme reduzieren Vermögensungleichheit.

Hinter den statistischen Definitionen versteckt sich so manches. Die verfügbaren Einkommen nach Steuern und Transfers unterscheiden sich von den Markteinkommen, welche die primäre Einkommensverteilung bestimmen. Letztere unterliegt grösseren Schwankungen und ist deutlich ungleicher verteilt. Anders gewendet, verteilt der deutsche Staat mit seinen Steuern und Transfers effektiv sehr viel um. Zudem bedeutet die Gewichtung, die zur Berücksichtigung der Haushaltsgrösse verwendet wird, dass Veränderungen der Haushaltsgrösse im Zeitverlauf verteilungswirksam sein können. Insbesondere eine Zunahme der Einpersonenhaushalte dürfte zu mehr Einkommensungleichheit geführt haben.

Neben gesellschaftlichen Gründen spielen vor allem die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und insbesondere der Arbeitsmarkt eine Rolle für die Einkommensverteilung. Der Anstieg der Einkommensungleichheit seit den 1980er Jahren geht einher mit einer deutlichen Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Vor allem die strukturelle Arbeitslosigkeit stieg bis zum Jahr 2005 an. Die Reformen der Regierung Schröder lösten einen Rückgang der Arbeitslosigkeit aus, der den ansteigenden Trend der Einkommensungleichheit zum Stillstand brachte.

Bildung korreliert zwischen Kindern und Eltern

Die Bedeutung der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung zeigt sich in einer Studie von Maximilian Stockhausen aus dem Jahr 2021, der sich mit den Aufstiegschancen von Beschäftigten im Zeitablauf auseinandersetzt. Rund zwei Drittel der Söhne, die zwischen 1955 und 1975 geboren wurden, erzielten signifikant höhere reale Arbeitseinkommen als ihre Väter. Aber schon für Alterskohorten von westdeutschen Männern, die in den frühen 1960er Jahren geboren wurden, lässt sich eine zunehmende Ungleichheit im Lebenszyklus feststellen, die Timm Bönke und Koautoren in einer Studie aus dem Jahr 2015 mit Daten der gesetzlichen Rentenversicherung zu 20 bis 40 Prozent auf die durch Langzeitarbeitslosigkeit unterbrochenen Erwerbsbiografien zurückführen.

Verschiedene Studie deuten auf weitere Gründe für eine abnehmende soziale Mobilität im Zeitablauf hin. In einer Studie von 2024, allerdings mit Daten des Mikrozensus, weisen Bönke und Koautoren auf die abnehmende Mobilität in den Lebensstandards hin. Der Anteil von Kindern, die mehr Einkommen als ihre Eltern erzielten, sank für Alterskohorten, die in den Jahren 1962 bis 1988 geboren wurden, von 81 auf 59 Prozent. Die Autoren führen dies auf ein im Zeitablauf schwächeres Wirtschaftswachstum und eine höhere Einkommensungleichheit zurück.

Andreas Peichl und Koautoren bestätigen diese Befunde mit den Befragungsdaten des SOEP in einer neuen Studie von 2025 für Alterskohorten der Jahre 1968 bis 1987, führen dies aber hauptsächlich auf die zunehmende Bedeutung des elterlichen Einkommens für die Bildungsabschlüsse der Kinder zurück. Solche Ergebnisse korrespondieren mit dem zunehmenden Einfluss der elterlichen Bildungsabschlüsse auf diejenigen der Kinder, der in einer Reihe von Studien gut belegt ist.

Aktuell steht die Vermögensverteilung im Vordergrund der deutschen Debatte. Deutschland hat im internationalen Vergleich eine relativ hohe Vermögensungleichheit. Daraus leiten manche in der politischen Diskussion ab, die Vermögensteuer wiederzubeleben oder die Erbschaft- und Schenkungsteuer zu verschärfen, indem Verschonungsregeln für Betriebs- und Immobilienvermögen beseitigt werden. Vernachlässigt wird in den zumeist vorgelegten Daten zur Vermögensungleichheit, wie hoch die Bedeutung staatlicher Altersvorsorgesysteme ist. Wronski hat im Jahr 2024 in einer Studie gezeigt, dass die Berücksichtigung der Ansprüche an die staatliche Altersversorgung die Vermögensungleichheit in der EU deutlich reduziert. Deutschland liegt im internationalen Vergleich dann nur noch im Mittelfeld.

Umverteilungsbefürworter ziehen aus der Gesamtschau dieser Befunde den Schluss, dass Vermögen, Einkommen und Bildungsstand des Elternhauses massgeblich Bildung, Einkommen und Vermögen der Kinder bestimmen, so die Einkommens- und Vermögensverteilung zementieren und die Aufstiegschancen in einer Gesellschaft behindern. Dies müsse durch geeignete Umverteilungsinstrumente des Steuer- und Transfersystems korrigiert werden. Dabei hat Deutschland gemäss einer aktuellen Studie des Ifo-Instituts bereits 502 verschiedene Sozialleistungen, die auf Bundesebene geregelt sind. Die Sozialleistungsquote – in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – ist seit dem Jahr 2007 um fast 5 Prozentpunkte und seit dem Jahr 2011 um 3 Prozentpunkte gestiegen. Beides sind keine Krisenjahre, was den Befund verzerren würde. Vielmehr zeigt dies, dass Sozialleistungen in einer Zeit rückläufiger Arbeitslosigkeit und zumindest bis 2019 noch ordentlicher Wachstumsraten des BIP stärker ausgeweitet wurden als die jährliche Wirtschaftsleistung. Effektiv mag Deutschland viel Einkommen umverteilen, doch von Effizienz ist dieses System weit entfernt.

Funktionierender Arbeitsmarkt entscheidend

Die vorgestellten Verteilungsbefunde lassen sich jedoch anders interpretieren. Erstens spielt die Lage am Arbeitsmarkt eine Rolle. Dass Deutschland im Unterschied zu Österreich und der Schweiz eine abnehmende soziale Mobilität vorweist, deutet auf die Phasen hoher Langzeit- und struktureller Arbeitslosigkeit in den 1980er und 1990er Jahren hin. Es sind die unterbrochenen Erwerbsbiografien, die problematisch sind. Das in allen drei Ländern so hoch gelobte duale Ausbildungssystem konnte dies in Deutschland nicht verhindern. Es kommt auf den Umgang mit dem Strukturwandel an. Zweitens kommt der schulischen Bildung eine hohe Bedeutung zu. Dabei ist es wenig bedeutsam, eine hohe Abiturientenquote zu erzielen. Wenn immer mehr Menschen Abitur haben, steigt zwingend die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder mit Abitur auch Eltern mit Abitur haben. Es kommt vielmehr auf die Lerninhalte an, die von Schülerinnen und Schülern beherrscht werden, und darauf, dass mit einer gezielten frühkindlichen Bildung die Quote der Schulabbrecher reduziert wird.

Dass die Schweiz eine geringere Ungleichheit der Markteinkommen, also vor Steuern und Transfers, aufweist, zeigt, dass sie in beiden Dimensionen besser performt. Steuern und Transfers setzen in aller Regel negative Anreize, zu arbeiten, zu investieren, Risiken zu übernehmen und Innovationen zu tätigen. Dies schwächt die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, soziale Mobilität über einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt zu steigern.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie Direktor des Walter Eucken Instituts (WEI).

Der «American Dream» ist in Österreich zu Hause

Österreich gehört zusammen mit der Schweiz international zu den Ländern mit der grössten sozialen Mobilität, während in Deutschland Einkommen und Status der Eltern einen grösseren Einfluss auf die Chancen der Kinder haben. Eine Suche nach den Gründen.

MARTIN HALLA

—

Österreich ist ein Land mit grossem Staat, kräftiger Umverteilung und dichtem Wohlfahrtsnetz; die Einkommensungleichheit ist international relativ niedrig. Dennoch taucht in gesellschaftspolitischen Debatten regelmässig die These auf, es herrsche keine ausreichende Chancengleichheit. Oft wird dabei auf fehlende Aufstiegschancen für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten verwiesen. Doch was sagt die Empirie tatsächlich – und was genau messen wir, wenn wir über «Chancen» sprechen?

Die Debatte kreist um eine einfache Gerechtigkeitsidee: Eine Gesellschaft gilt als fair, wenn die Herkunft nicht über Chancen entscheidet. «Bildung und Einkommen werden vererbt», so lautet eine nicht nur in Österreich verbreitete Annahme. Die jüngste Evidenz zeichnet jedoch ein differenzierteres Bild. Erstens: Bildungs- und Einkommensmobilität sind nicht dasselbe. Sie können auseinanderfallen – und in Österreich tun sie es. Während der Bildungsaufstieg stark an die Herkunft gebunden bleibt, ist der Einkommensaufstieg im internationalen Vergleich aussergewöhnlich hoch. Zweitens: Im unmittelbaren Vergleich im DACH-Raum stehen Spitzenreiter und Schlusslicht nebeneinander: Österreich und die Schweiz zeigen bei den Einkommen eine ungewöhnlich hohe Durchlässigkeit, Deutschland einen ungewöhnlich starken Herkunftseinfluss. Wie kann das in drei so ähnlichen Ländern sein – handelt es sich um Messfehler oder gibt es echte Unterschiede? Die Antwort beginnt bei der Frage, was wir überhaupt messen.

So messen Ökonomen Mobilität

Unter intergenerationaler Mobilität verstehen Ökonomen den Grad, in dem sich der Status der Eltern auf den der Kinder überträgt; das lässt sich über Bildung oder Einkommen erfassen. Bildungswege sind leicht zu erheben und über die Lebenszeit stabil – hier ist die Evidenzlage gut etabliert. Die Messung der Einkommensmobilität ist anspruchsvoller: Sie erfordert verknüpfte Eltern-Kind-Daten mit möglichst vollständiger Abdeckung, insbesondere der Spitzeneinkommen. Konkret müssen die Einkommen von Eltern und Kindern im selben Lebensalter erhoben werden – ideal um das 40. Lebensjahr herum – und über mehrere Jahre gemittelt, um Zufallsschwankungen zu glätten. Solche Analysen benötigen Längsschnittdaten mit langen Laufzeiten und grosse Stichproben oder, besser, Vollerhebungen. Erst unter diesen Bedingungen wird die Messung der Einkommensmobilität empirisch belastbar und international vergleichbar.

Auf eine Einschränkung gilt es allerdings hinzuweisen: Die Fairnessfrage zielt auf Chancen, nicht auf Ergebnisse. In der empirischen Arbeit messen wir jedoch fast ausschliesslich Ergebnisse (Einkommen, Ränge, Übergänge), weil Chancen kaum direkt beobachtbar sind. Mobilitätsmasse sind daher ergebnisbasiert – sie dienen als Annäherungsmass für Chancengleichheit, ersetzen sie aber nicht. Politisch ist das ein Unterschied: Man kann Ergebnisgleichheit anstreben – oder Chancengleichheit.

Relative und absolute Mobilität

In einer jüngeren Arbeit von 33 Forschenden wurde die intergenerationale Einkommensmobilität für die Geburtsjahrgänge 1978 bis 1983 auf Basis der jeweils besten verfügbaren Daten und nach möglichst einheitlichen Kriterien berechnet. Der Schwerpunkt liegt zwar auf dem Vergleich zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund; die Ergebnisse erlauben aber auch einen sauberen Ländervergleich der Mobilität unter Einheimischen. Konkret werden, wie oben beschrieben, die Einkommen von Eltern und Kindern im gleichen Lebensalter über mehrere Jahre gemittelt und innerhalb der Jahrgänge zu Rängen geordnet; anschliessend wird der Zusammenhang der Ränge ausgewiesen. In Österreich liegt diese Kennziffer mit rund 0,06 im Fünfzehn-Länder-Vergleich am niedrigsten (nach den verwendeten Spezifikationen). In der Schweiz beträgt sie etwa 0,16. In den gemeinhin als egalitär beschriebenen skandinavischen Ländern – Schweden (0,23), Norwegen (0,24), Dänemark (0,25) – liegt sie höher; in den USA, dem Land der vermeintlich unbegrenzten Möglichkeiten, bei rund 0,30. Deutschland kommt auf etwa 0,38.

Neben der relativen Messung lohnt sich der Blick auf die absolute Mobilität: Sie fragt nicht nach dem durchschnittlichen Zusammenhang, sondern danach, wohin Kinder aus bestimmten Herkunftsgruppen als Erwachsene gelangen. Drei Kennziffern dienen als Kompass – ihre einordnenden Überschriften lauten: der «American Dream» (Anteil der Kinder aus dem untersten Fünftel, die ins oberste Fünftel aufsteigen), der «Cycle of Poverty» (Anteil, der unten bleibt) und der «Cycle of Privileges» (Anteil der Kinder aus dem obersten Fünftel, die oben bleiben). In Österreich erreichen 19,2 Prozent der Kinder aus dem untersten Fünftel das oberste Fünftel – im Vergleich dazu sind es in den USA 7,5 Prozent. Im «Cycle of Poverty» verbleiben 17,3 Prozent der Kinder in Österreich, in den USA 33,7 Prozent. Das Verharren ganz unten ist hierzulande also etwa halb so wahrscheinlich. Der «Cycle of Privileges» liegt bei 26,3 Prozent in Österreich und bei 36,5 Prozent in den USA: Obenbleiben ist in den Vereinigten Staaten stärker vererbt, die Spitze in Österreich weniger verfestigt. So ergänzt die absolute Perspektive, die zuvor berichtete, relative Messung schlüssig – und unterstreicht die besondere Durchlässigkeit der österreichischen Einkommensverteilung.

Bildung versus Einkommen

Wie passt die neue Evidenz einer aussergewöhnlich hohen Einkommensmobilität in Österreich zu älteren Befunden, die dem Land eine geringe Bildungsmobilität attestieren? Fest steht: Die Bildung der Eltern prägt die Bildungswege der Kinder stark; hier wirkt Herkunft deutlich nach. Mehr als die Hälfte der Kinder aus Akademikerhaushalten studiert, bei Eltern, die höchstens einen Pflichtschulabschluss aufweisen, gelingt dies nur rund 6 Prozent. Und ja: Bildung und Einkommen hängen eng zusammen – höhere Abschlüsse gehen im Durchschnitt mit höheren Löhnen einher. Gleichzeitig folgt daraus kein Gleichklang von Bildungs- und Einkommensmobilität: Hohe Einkommensmobilität ist möglich, wenn nichtakademische Wege verlässlich zu guten Löhnen führen und die Lohnspreizung in der Mitte begrenzt bleibt.

Unsere These lautet: Die Lehre ist ein zentraler Baustein der hohen Einkommensmobilität in Österreich – auch, weil sich ein grosser Teil der Jugendlichen für diesen Weg entscheidet. Der Übergang von der Schule in einen Betrieb ist institutionalisiert, Abschlüsse sind standardisiert, und Weiterbildung eröffnet weitere Stufen. International gibt es zwar auch eine Berufsbildung, doch die duale Verzahnung von Betrieb und Berufsschule wie in Österreich ist seltener. Die Palette reicht von Industrie- und Technikberufen bis zu kaufmännischen und Gesundheitsberufen und bietet klare Karrierepfade mit oft sehr ordentlichen Löhnen sowie realen Aufstiegschancen (Teamleitung, Spezialist, Selbständigkeit).

Auch Studienabschlüsse sind heterogen; die Arbeitsmarkterträge variieren deutlich nach Fach und Abschlussniveau. Für unsere Frage ist entscheidend, ob – und wenn ja, wie stark – sich die Lohnverteilungen von Lehrabsolventen und Akademikern überlappen. Anspruchsvolle Lehrberufe eröffnen oft planbare Karrieren mit stabilen Lohnpfaden; manche Studienrichtungen führen ausserhalb kleiner Nischen in enge Arbeitsmärkte mit entsprechend verhaltenen Erträgen. Diese Heterogenität kann Bildungs- und Einkommensmobilität entkoppeln.

Für die soziale Mobilität ist die Berufslehre ein Schlüsselfaktor – sowohl in der Schweiz als auch in Österreich.

Schweiz stützt die Lehrethese

Unterschiede in den Ertragsraten von Lehre und Studium waren empirisch lange nur grob zu beziffern, weil Einkommensdaten selten sauber mit Ausbildungsinformationen (Lehrabschluss, Studienfach) verknüpft waren. Österreich hat hier einen wichtigen Schritt gemacht: Mit dem gesetzlich verankerten Austrian Micro Data Center (AMDC) bei Statistik Austria steht der Forschung heute eine sichere Infrastruktur für verknüpfbare Mikrodaten zur Verfügung. Gemeinsam mit Teams an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) und der Johannes Kepler Universität (JKU) analysieren wir diese Daten, um die Lohnverteilungen nach Lehr- und Studienabschluss zu vergleichen – und um zu prüfen, wie stark sie sich unterscheiden und überlappen. Ziel ist, einen wichtigen Mechanismus hinter Österreichs hoher Einkommensmobilität – die duale Ausbildung als vollwertige Aufstiegsspur – empirisch herauszuarbeiten.

Ein Blick in die Schweiz stützt diese Lesart, wie auch der Beitrag von Stefan Wolter auf Seite 6 zeigt. Die Lehre fungiert als breiter Standardweg, bindet früh an Betriebe und bleibt über klare Weiterbildungsstufen durchlässig – zusammen mit Österreich ergibt das ein stimmiges Bild für den Mechanismus. Deutschland fällt hier aus der Rolle: Trotz seinem grossen dualen Sektor ist der Zusammenhang zwischen Eltern- und Kindereinkommen in Deutschland deutlich stärker. Zwar gibt es einen methodischen Vorbehalt: Im Vergleich beruhen die deutschen Werte auf verknüpften Befragungsdaten, jene für Österreich und die Schweiz auf Register- beziehungsweise Steuerdaten. Doch der Abstand Deutschlands bleibt auch unter diesem Vorbehalt auffällig.

Auch wenn die duale Ausbildung ein plausibler Hauptbaustein für die hohe Einkommensmobilität in Österreich und der Schweiz ist, lassen sich internationale Unterschiede nicht monokausal erklären. Bereits innerhalb der USA variiert Mobilität stark; Chetty et al. zeigen auf Basis verknüpfter Steuerdaten grosse Unterschiede zwischen Regionen und dokumentieren Merkmalsbündel, die korrelieren (weniger Segregation, messbar bessere Schulqualität, stabilere Familienstrukturen, dichteres soziales Kapital, funktionierende lokale Arbeits- und Wohnungsmärkte) – ohne strenge kausale Nachweise. Entsprechend lassen sich daraus keine sofortigen Politikrezepte ableiten. Für die Mobilitätsforschung bleibt viel zu tun. Im Fall Österreichs spricht gleichwohl einiges dafür, dass die duale Ausbildung ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Baustein ist – wir arbeiten daran, das empirisch weiter zu schärfen.

—

Univ.-Prof. Dr. Martin Halla ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU).

Autobahn: Nicht nur dieses Hinweiszeichen ist in Österreich und Deutschland etwas anders als in der Schweiz. WIKIPEDIA

Achtung Kinder: Symbolisch als Warnung vor dem gesellschaftlichen «Überfahren» kindlicher Bedürfnisse. ASTRA

Ein glückliches Aufwachsen geht oft einher mit einem glücklichen Leben

Die Kindheit als Chance: Frühförderung kann dies unterstützen, sollte aber nicht mit übertriebenen Erwartungen aufgeladen werden. Wichtig für die späteren Möglichkeiten sind auch liebevolle Beziehungen, Geborgenheit und eine stabile psychische Gesundheit.

OSKAR JENNI UND FLAVIA WEHRLE

Menschen, die aus einfachen Verhältnissen stammen und dennoch Grosses erreicht haben, üben eine besondere Faszination aus. So wuchsen etwa Südafrikas Freiheitsikone Nelson Mandela, die US-Musiklegende Dolly Parton oder WhatsApp-Gründer Jan Koum unter ärmlichen Bedingungen auf. Doch ihre Biografien sind beeindruckende Erfolgsgeschichten. Auch Sergio Ermotti, der seine Karriere als 15-jähriger Banklehrling in Lugano begann und es bis an die Spitze einer der grössten Banken der Welt schaffte, steht für den Traum des sozialen Aufstiegs.

Solche Lebenswege prägen das Selbstverständnis moderner Gesellschaften: Erfolg ist trotz schwieriger Lebensbedingungen in der Kindheit durch Leistung und besondere Fähigkeiten erreichbar. Definiert wird Erfolg dabei meist in ökonomischen Kategorien. Er zeigt sich in einer guten Ausbildung, einem hohen Einkommen und einer angesehenen Stellung. Das individuelle Leistungsvermögen gilt dabei als Rezept für den Aufstieg. Damit dieses gesellschaftliche Ideal nicht bloss ein Versprechen bleibt, setzt die Gesellschaft bereits sehr früh im Leben auf Förderung und Bildung. Je besser ein Kind gefördert werde, so die gängige Meinung, desto grösser seien seine Chancen auf einen sozialen und ökonomischen Aufstieg. Die frühe Sprachförderung für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund steht dabei exemplarisch für das vielfältige Bemühen um Chancengerechtigkeit und um möglichst optimale Startbedingungen.

Mehr als nur eine Investition in die Zukunft

Das ist nicht grundsätzlich falsch: Förderung hilft, Kindern Entwicklungschancen zu geben und Türen zu öffnen. Doch die Logik, die dahintersteht, ist problematisch. Kinder erscheinen darin als «Humankapital», in das investiert wird, damit sie als Erwachsene ein möglichst hohes Einkommen erzielen und den Wohlstand einer Gesellschaft sichern. Sie sollen produktive Mitglieder der Gesellschaft werden. Auf diese Weise wird die Kindheit instrumentalisiert, ja geradezu kapitalisiert. Eine solche Haltung wird durch den demografischen Wandel noch verstärkt: Die wenigen Kinder, die heute geboren werden, sollen möglichst «perfekt» sein – und in dieses Ziel wird enorm viel investiert.

Diese starke Ausrichtung auf «Fitmachen für die Zukunft» hat den Druck auf Kinder und Familien deutlich erhöht – mit spürbaren Folgen für die Entwicklung und die psychische Gesundheit der nachwachsenden Generation. Es gibt Studien, die zeigen, dass heute mindestens jedes dritte Kind darunter leidet. Ursache sind weniger «schwache» Kinder als vielmehr gesellschaftliche Bedingungen mit hohen Erwartungen und Bildungsdruck.

Damit drängt sich eine zentrale Frage auf: Mit welcher Zielsetzung fördern wir Kinder eigentlich? Unbestritten ist, dass Kinder für die Entwicklung einer Gesellschaft von grosser Bedeutung sind. Während Politik und Ökonomie vor allem auf den künftigen Beitrag zum Wohlstand und die Absicherung des Sozial- und Rentensystems verweisen, sehen die Entwicklungswissenschaften im Kind ein Potenzial, das wachsen und sich entfalten darf und die Gesellschaft immer wieder erneuern soll. In beiden Sichtweisen steckt derselbe Gedanke: Kinder sind eine Investition in die Zukunft.

Doch diese Zukunftsorientierung wirft eine Reihe von grundlegenden Fragen auf: Wie messen wir eigentlich den künftigen Erfolg? Reichen ein hohes Einkommen und ein angesehener Beruf als Gradmesser? Oder sollte das primäre Ziel einer Gesellschaft nicht vielmehr darin bestehen, dass Menschen zufrieden und erfüllt leben können?

Beziehungen und Vorbilder sind wichtig

Und damit rückt die Lebensphase des Aufwachsens wieder in den Fokus: Welche Erfahrungen in der Kindheit sind entscheidend, damit Erwachsene später nicht nur erfolgreich sind, sondern ein glückliches Leben führen können? Natürlich spielt die sprachliche und kognitive Förderung für den späteren Erfolg eine gewisse Rolle. Langzeitstudien zeigen, dass schulische Kompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen verlässliche Prädiktoren für die künftige berufliche Stellung und das Einkommen sind. Doch sprachliche und kognitive Grundlagen allein reichen nicht aus. Für ein erfülltes Leben braucht es auch andere frühe Erfahrungen – vor allem liebevolle Beziehungen, Geborgenheit und eine stabile psychische Gesundheit.

Studien über die gesamte Lebensspanne wie die National Child Development Study in Grossbritannien, die seit 1958 rund 17 000 Menschen begleitet, oder die British Cohort Study von 1970, die die Lebensverläufe einer weiteren Generation verfolgt, zeigen klar: Intelligenz, Schulerfolg und formale Qualifikationen sind weit weniger wichtig für das spätere Lebensglück als vertrauensvolle Beziehungen und psychische Gesundheit in der Kindheit. Letztere sind der Schlüssel für ein gelingendes Leben bis ins hohe Alter.

Auch die Zürcher Longitudinalstudien, die seit über 70 Jahren etwa 1000 Menschen über drei Generationen begleiten, bestätigen dies: In den narrativen Interviews zeichnen Teilnehmende, die ihr Leben als glücklich beschreiben, nicht in erster Linie ihre beruflichen Karrierewege nach. Vielmehr berichten sie von familiärer Wärme, von zugewandten Lehrpersonen, von ihren Partnerschaften und Freundschaften sowie von der eigenen Stärke im Umgang mit Krisen. So erzählte eine Teilnehmerin, dass sie als Kind von vielen erwachsenen Menschen liebevoll unterstützt wurde, die zugleich hohe Erwartungen an sie stellten – darunter ihr Tennislehrer, der sie zu Höchstleistungen ermutigte. Sie schilderte, wie prägend vertraute Bezugspersonen für sie waren.

Die Erzählungen machen deutlich, wie entscheidend Beziehungen für das Leben sind – eine Einsicht, die viele Menschen am Ende ihres Lebens teilen, wenn sie zurückblicken und resümieren, sie hätten lieber etwas weniger gearbeitet und mehr Gewicht auf ihre Beziehungen gelegt.

Im Einklang mit weiteren Untersuchungen der Entwicklungsforschung vermitteln die genannten Lebensspannenstudien ein klares Bild davon, wie frühe Erfahrungen das gesamte Leben eines Menschen prägen. Sie machen dabei klar: Kinder brauchen eine Umgebung, die ihre Grundbedürfnisse ernst nimmt. Fünf davon sind besonders zentral und alle beginnen mit einem G: Geborgenheit in Beziehungen, Gesundheit von Körper und Psyche, Gelegenheiten zum Lernen, Grenzen als Orientierung sowie Gemeinschaften mit anderen. Nehmen wir eines dieser fünf Bedürfnisse heraus: die psychische Gesundheit. Zahlreiche Studien belegen, dass Kinder ihre Fähigkeit zur Emotionsregulation nur durch die Unterstützung von Bezugspersonen entwickeln: Erwachsene helfen ihnen, Gefühle wahrzunehmen, auszuhalten und zu steuern. Diese Begleitung stärkt Kinder nicht nur im jeweiligen Moment und fördert ihre psychische Gesundheit, sondern erhöht langfristig ihre Chancen auf Erfolg und ein zufriedenes Leben.

Den Blick nicht nur auf die Zukunft richten

Die Grundbedürfnisse der Kinder ernst zu nehmen, bedeutet auch, den Blick nicht immer nur auf die Zukunft zu richten. Die Kindheit ist keine Durchgangsphase, aus der ein Kind möglichst rasch und effizient herausgeführt werden soll, sondern ein gleichwertiger Lebensabschnitt mit einem ganz besonderen Wert. Kinder sollten einfach Kinder sein dürfen. Sie haben ein Recht darauf, ohne Erwartungen an einen späteren Aufstieg aufwachsen zu dürfen. Dass eine solche Haltung – sozusagen als positive Nebenwirkung – langfristig wirkt, haben die Lebensspannenstudien eindrücklich gezeigt.

Für die Erfüllung der kindlichen Grundbedürfnisse sind zunächst einmal die Eltern verantwortlich. Der Staat kann die Familie nicht ersetzen, wohl aber die Eltern stärken: durch Elternbildung, psychosoziale Unterstützung, gesellschaftliche Entlastung und Rahmenbedingungen, die den Familien Halt geben. Eltern brauchen Anerkennung und Wertschätzung, damit sie ihre anspruchsvolle und für die Gesellschaft so wichtige Aufgabe erfüllen können.

Auch die Schule darf sich nicht allein auf die Vermittlung von Wissen sowie Sprach- und Rechenkompetenzen beschränken. Sie muss ebenso die Bedürfnisse der Kinder im Blick behalten und Räume schaffen, in denen diese Geborgenheit, Gelegenheiten zum Lernen und Gemeinschaften erfahren. Natürlich brauchen Kinder Grenzen und Herausforderungen, aber diese wirken nur in einem Klima mit zugewandter Wertschätzung. Entscheidend ist, dass Kinder sich dabei gesehen, verstanden und getragen fühlen.

Die Kinder dürfen nicht überfordert werden

Gerade weil unsere Gesellschaft oftmals perfekte Kinder erwartet, sollten wir uns daran erinnern: Kinder brauchen keine perfekten Bezugspersonen, sondern benötigen vielmehr verlässliche, verfügbare und verständnisvolle Erwachsene. Unsere Aufgabe ist es, Bedingungen zu schaffen, die den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden. Kindern Chancen zu eröffnen, heisst nicht, sie möglichst früh mit möglichst vielen Massnahmen zu fördern und dabei zu überfordern. Es bedeutet, ihnen das zu geben, was sie wirklich nötig haben. Denn die Kindheit ist viel mehr als eine Vorbereitung auf das «echte» Leben in der Zukunft. Sie ist das Leben selbst im Hier und Jetzt.

Prof. Dr. Oskar Jenni ist Entwicklungspädiater am Universitäts-Kinderspital Zürich und ordentlicher Professor für Entwicklungspädiatrie an der Universität Zürich. Prof. Dr. Flavia Wehrle ist Entwicklungsforscherin und Assistenzprofessorin für Lebensspannenforschung an der Universität Zürich.

«Wer Leidenschaft hat und bei sich bleibt, hat die besten Chancen»

Spitzenköchin Tanja Grandits über Freude statt Pflicht, Talent sowie Fleiss und warum die Schweiz ein Land für Karrieren ist: «In der Gastronomie hat man sehr gute Chancen, egal aus welcher Familie man kommt.»

Frau Grandits, vom Chemiestudium in die Küche ist nicht gerade naheliegend: Wann war klar, dass Kochen Ihre Welt ist?
Kochen war von Anfang an meine erste Wahl – und das, was mich erfüllt hat. Aber alle sagten: Mach das nicht, das ist zu schwer, zu viel Arbeit. Also habe ich zuerst Chemie studiert und gemerkt, dass es zu theoretisch ist. Ich wollte mit den Händen arbeiten, kreativ sein. In den USA habe ich dann als Au-pair jeden Tag gekocht – da war klar: Das will ich machen. Mit 23 habe ich die Lehre als Köchin angefangen.

Sie haben also nie gezweifelt, das Richtige zu machen?
Nein, ich hadere nie. Ich entscheide mich und dann bin ich hundertprozentig dabei. Schon in der Lehre habe ich Harald Wohlfahrt gesehen, den besten Koch Deutschlands. Ich habe mich reingeschlichen, mitgeholfen – das hat mich angefixt. Später in London habe ich gearbeitet und mein Geld dafür verwendet, in den besten Restaurants zu essen. Einfach, um zu sehen, wie andere arbeiten.

Welche Rolle spielte Ihr schwäbisches Elternhaus für Ihre Gastronomie?
Meine Geschwister, Eltern und ich haben schon immer alle sehr gerne gegessen. Gekocht hat meine Mutter nicht so gerne. Dafür hat meine Grossmutter extrem gern gekocht. Sie hat sogar für ihre Taube Spätzle gemacht. Bei ihr war ich wahnsinnig gerne in der Küche. In meinem Restaurant habe ich kaum schwäbische Elemente. Hingegen für meine Tochter und mich koche ich sehr gerne Linsen mit Spätzle.

Sie scheinen sehr diszipliniert zu sein. Sie machen jeden Tag Yoga und arbeiten viel. Wie wichtig ist Disziplin als Spitzenköchin?
Ich zwinge mich nicht. Alles, was ich mache, will ich aus Freude machen. Mein tägliches Yoga ist keine Pflicht, sondern weil ich es liebe. Auch meine Kochbücher schreibe ich so – manchmal wie im Wahn, wochenlang. Diszipliniert bin ich nicht in allem. Aber im Arbeitsalltag braucht es natürlich Pläne und Abläufe, die hundertprozentig eingehalten werden müssen. Mein Küchenchef und mein Betriebsleiter sind sehr strukturiert – ich bin eher die Cheerleaderin.

Fusst Ihre Kochkunst eher auf Talent oder auf Fleiss und Erfahrung?
Es ist beides. Nach all den Jahren weiss ich, wie Dinge zusammen schmecken, welche Säure oder Frische es braucht. Aber vielleicht ist mein grösseres Talent, dass ich weiss, wie Menschen zusammen funktionieren – und dass ich Menschen begeistern kann.

Sie leiten ein grosses Team. Wie würden Sie die Hierarchien in Ihrer Küche beschreiben?
Es gibt klare Hierarchien: Jeder ist für seinen Posten verantwortlich. Aber auch der Lehrling oder der Tellerwäscher verdient denselben Respekt. Die Arbeit jedes Einzelnen ist wichtig. Freundlichkeit und Respekt sind für mich zentral.

Besteht Ihr Team hauptsächlich aus Schweizern oder haben Sie ein internationales Team?
Beides. Ich finde es schön, wenn Schweizer dabei sind – gerade auch Lehrlinge aus Basel. Aber natürlich haben wir auch Franzosen in der Patisserie oder Deutsche in der Küche. Beides gehört dazu.

Und wie einfach ist es, neues Personal zu finden – gerade auch in einer Generation, die einen grösseren Wert auf Work-Life-Balance legt?
Bis jetzt hatte ich immer viele Bewerbungen, oft auch Blindbewerbungen. In der Küche habe ich gar kein Problem, Leute zu finden. Schwieriger ist es im Service – Schichtdienste sind weniger populär. Aber insgesamt habe ich tolle Leute. Wenn Mitarbeitende Eltern werden, finden wir Lösungen: andere Arbeitszeiten, andere Aufgaben. Das funktioniert gut.

Sie haben in verschiedenen Ländern gearbeitet. Gibt es kulturelle Unterschiede in der Arbeitsmoral?
Innerhalb Europas nicht. In England, Deutschland, Frankreich, der Schweiz habe ich keine Unterschiede gespürt. Aber auf den Malediven habe ich erlebt, dass die Crew nach einer Partynacht einfach nicht kam – da musste ich drei Tage lang allein kochen. Das sind andere Mentalitäten.

Würden Sie sagen, die Schweiz ist ein Chancenland?
Ja, definitiv. In der Gastronomie hat man sehr gute Chancen, egal aus welcher Familie man kommt. In der Schweiz gehört die gehobene Gastronomie zur Kultur – wie ins Theater oder Konzert zu gehen. Und es gibt Initiativen wie die Uccelin-Stiftung von Andreas Caminada, die jungen Talenten tolle Möglichkeiten bietet. Zwei meiner Souschefs kamen über diese Stiftung zu mir.

Wie erleben Sie die Situation für Frauen in Ihrer Branche?
In meiner eigenen Karriere hat Geschlecht nie eine Rolle gespielt. Aber dann habe ich bei einem Michelin-Event gemerkt, dass viele Köchinnen keine Vorbilder haben. Das nehme ich ernst. Ich möchte Vorbild sein und jungen Frauen zeigen: Es geht. Ich habe viele junge Frauen in der Küche, auch auf dem zweiten Bildungsweg.

Hat sich da etwas verändert?
Es gibt Fortschritte, aber viele Frauen verlassen den Beruf nach ein paar Jahren. Männer bleiben eher. Ich hoffe, dass sich das noch ändert.

Nach 17 Jahren im Restaurant Stucki, zwei Michelin-Sternen und 19 Gault-Millau-Punkten: Wird es einfacher oder bleibt der Druck?
Konkurrenzkampf interessiert mich nicht. Wir haben unser eigenes Universum. Seit 17 Jahren wiederholen wir kein Gericht. Das Menü wechselt alle zwei Monate, es muss immer neu sein. Aber weil mein Team seit Jahren zusammen ist, wird vieles einfacher.

Verursacht solche Anerkennung durch Michelin und Gault-Millau mehr Druck oder Gelassenheit?
Ich habe keine Angst, etwas zu verlieren. Wir arbeiten auf höchstem Niveau und wir verbessern uns ständig.

Hat sich Ihre Kundschaft verändert?
Ja. Früher waren es eher Gäste 60 plus, heute haben wir viele Junge und viele Frauen. Meine Kochbücher sind ein wichtiges Marketinginstrument – viele kochen daraus und kommen dann zu uns.

Ihre Tochter ist Ihnen sehr nah, schlägt aber selbst nicht den Weg in die Gastronomie ein. Macht Ihnen das etwas aus?
Überhaupt nicht. Sie hat im Sommer die Matur gemacht und lebt ganz in der Pferdewelt: Sie reitet Dressur, macht ein Onlinestudium in Stable Management und ist damit sehr glücklich. Ich freue mich über ihre Begeisterung, die ist genauso stark wie meine fürs Kochen. Es ist ihr Leben, und sie soll ihren Weg gehen.

Und es ist für Sie auch kein Problem, wenn Ihr Lokal später nicht in der Familie bleibt?
Nein, überhaupt nicht. Ich habe das ja auch nicht von meiner Familie übernommen, sondern meinen eigenen Weg gewählt – und das soll meine Tochter auch tun. Sicher wird es tolle Nachfolger geben. Dass man den Betrieb unbedingt in der Familie halten will, ist wohl eher der Fall, wenn es schon die dritte oder vierte Generation ist. Aber ich bin die erste – und kann auch gut die letzte bleiben.

Sie prägen auch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erkennen Sie Ihre Handschrift in Restaurants von ehemaligen Teammitgliedern?
Ja, klar. Mein ehemaliger Lehrling Nicolai hat heute ein eigenes Sternerestaurant. Wenn ich dort esse, erkenne ich sofort meinen Einfluss. Aber oft höre ich auch, dass es weniger um das Kochen geht, sondern um meinen Führungsstil – Respekt, Freude, Motivation. Das geben viele weiter.

Und was geben Sie jungen Köchinnen und Köchen mit auf den Weg?
Sie sollen die Freude bewahren, sich nicht vergleichen. Gutes Selbstvertrauen ist wichtig – ohne Arroganz. Wer Leidenschaft hat und bei sich bleibt, hat die besten Chancen.

Sie bauen gerade eine Manufaktur und haben ein zweites Restaurant übernommen. Warum dieser Schritt?
Es hat sich durch Umbauten ergeben. Wir wollten das nutzen, um Neues zu schaffen. Die Manufaktur ermöglicht eigene Produkte, darüber hinaus gibt es eine Mitarbeiterkantine – einen Mehrwert fürs Team. Und im zweiten Restaurant machen wir eine einfache, aber tolle Küche. Solche Projekte geben mir Energie.

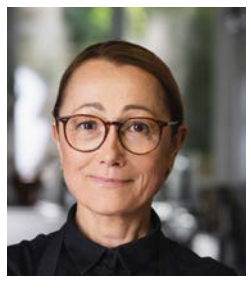
Sie sind jetzt 55: Welche Ziele haben Sie noch, und denken Sie schon ans Aufhören?
Nein, überhaupt nicht. Ich habe nicht vor, in zehn Jahren aufzuhören – ganz und gar nicht. Das Restaurant ist mein Leben und meine Aufgabe, und ich mache das unglaublich gerne. Natürlich wird es irgendwann eine Nachfolge geben, aber bis dahin will ich weiter Neues schaffen, Projekte entwickeln und mit meinem Team noch viele Ideen umsetzen.

Interview: Melanie Häner-Müller und Christoph A. Schaltegger

Kreisverkehr: Dieses Verkehrsschild steht wie Tanja Grandits für kontinuierliche Entwicklung – ohne Stillstand. ASTRA

«Ich habe meinen eigenen Weg gewählt – und das soll meine Tochter auch tun.»

Tanja Grandits, Spitzenköchin



PD

Zur Person

Spitzenköchin Tanja Grandits (55) hat sich 2001 im Restaurant Stucki in Basel ihre Welt geschaffen – ein Mikrokosmos des Lächelns, der Aromen und der Freude am Essen. Mittlerweile führt die gebürtige Deutsche ein kleines Unternehmen mit über 40 Angestellten. 2014 erstmals als «Koch des Jahres» ausgezeichnet, folgte 2020 die zweite Auszeichnung zum «Koch des Jahres» des Gault-Millau, mit 19 Punkten und zwei Sternen zeichnen sie die beiden wichtigsten Guides aus. Seit kurzem betreibt Tanja Grandits mit dem «Schlüssel» in Oberwil (BL) ihr zweites Lokal: Aus der befristeten Lösung während des geplanten Umbaus des «Stucki» ist ein zweites gastronomisches Konzept geworden – eines, das nicht auf Fine Dining setzt, sondern auf Einfachheit und Zugänglichkeit, auf Nachbarschaft und Alltag.

Jürg Staub, Christof und Remy Reichmuth (v.l.), unbeschränkt haftende Gesellschafter.

In guten Händen.

- Integrale Vermögensverwaltung
- Pionier in Vorsorgelösungen
- Direkte Infrastrukturanlagen

Lernen Sie uns kennen:

REICHMUTH & CO
PRIVATBANKIERS